



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

IDES-DOSSIER **DOSSIER THÉMATIQUE IDES**

Informationszentrum IDES – Centre d'information IDES

Tagesstrukturen: Rechtliche Grundlagen
Structures de jour : bases légales

Stand März 2020 – Etat mars 2020

Rechtliche Grundlagen zu Tagesstrukturen

Zu den Tagesstruktur-Angeboten gehören betreute Auffangzeiten vor und nach dem Unterricht, Mittagsbetreuung mit Verpflegung (Mittagstisch), betreute Aufgabenhilfe, ganztägige Betreuung in Form von Tagesschulen.

- In 25 Kantonen gibt es Regelungen in der kantonalen Bildungs- bzw. Sozialgesetzgebung zu Tagesstrukturen:
In 14 der 25 Kantone ist ein dem Bedarf entsprechendes Betreuungsangebot anzubieten:
Aargau, Bern, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Glarus, Graubünden, Luzern, St. Gallen, Tessin, Waadt, Wallis und Zürich, wobei in den Kantonen Basel-Landschaft und St. Gallen das Tagesstruktur-Angebot ausschliesslich eine Mittagsbetreuung umfasst; in St. Gallen zusätzlich eine betreute Hausaufgabenzeit.
In 11 Kantonen *können* Gemeinden und Schulträger ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot einrichten: Appenzell Ausserrhoden, Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Solothurn, Schwyz, Thurgau, Uri und Zug, wobei im Kanton Uri das Tagesstruktur-Angebot ausschliesslich eine betreute Hausaufgabenzeit umfasst.
- Im Kanton Appenzell Innerrhoden lassen sich in der Gesetzgebung keine entsprechenden Regelungen finden.

Informationen über den Anteil der Schulen, die Tagesstrukturen anbieten, sind der IDES-Kantonsumfrage zu entnehmen: <http://www.cdep.ch/dyn/13341.php>

Bases légales concernant les structures de jour

Les structures de jour comprennent les temps d'accueil avant et après l'école, les accueils de midi (cantine), les devoirs surveillés et les prises en charge sur l'ensemble de la journée sous la forme d'écoles à horaire continu.

- Dans 25 cantons, il existe une réglementation concernant les structures de jour au sein de la législation sur l'instruction publique ou sur les affaires sociales:
Dans 14 de ceux-ci, la réglementation spécifie que l'offre doit correspondre aux besoins: Argovie, Berne, Bâle-Campagne, Bâle-Ville, Fribourg, Genève, Glaris, Grisons, Lucerne, St-Gall, Tessin, Vaud et Zurich. Toutefois, dans les cantons de St-Gall et de Bâle-Campagne, l'offre de structures de jour ne comprend que l'accueil de midi, dans le canton de St-Gall aussi les devoirs surveillés.
Dans 11 cantons, les communes et les autorités scolaires *peuvent* mettre sur pied une offre de structures de jour correspondant aux besoins: Appenzell Rhodes-Extérieures, Jura, Neuchâtel, Nidwald, Obwald, Schaffhouse, Soleure, Schwyz, Thurgovie, Uri et Zug.
Toutefois, dans le canton d'Uri, l'offre de structures de jour ne comprend que les devoirs surveillés.
- Dans le canton Appenzell Rhodes-Intérieures, il n'existe pas de dispositions concernant les structures de jour au sein de la législation.

Des informations concernant le pourcentage d'écoles offrant des structures de jour sont disponibles dans l'enquête IDES auprès des cantons: <http://www.cdep.ch/dyn/16272.php>

Rechtliche Grundlagen / Bases légales

- 1.) Diese Zusammenstellung basiert auf den kantonalen Gesetzesammlungen (Stand März 2020). Für Aktualität, Vollständigkeit oder Richtigkeit dieser Zusammenstellung kann keine Gewähr übernommen werden. / *Cette présentation se base sur la législation cantonale (état mars 2020). Aucune garantie ne peut être donnée quant à l'actualité, l'exhaustivité ou l'exactitude des informations publiées ci-dessous.*
- 2.) Aufgeführt sind die wesentlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit Tagesstrukturen / *Sont présentées les dispositions principales en lien avec des structures de jour.*
- 3.) Die Nummern beziehen sich auf die Fundstelle in der Systematischen Sammlung des Kantons. / *La numérotation des textes est basée sur la systématique cantonale.*

AG	<p>401.100 Schulgesetz vom 17.03.1981 (Stand 1. August 2018)</p> <p>1. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 7 Unterrichtszeiten</p> <p>1 Das Schuljahr beginnt am zweiten Montag im August. Das erste Schulhalbjahr endet frühestens am dritten und spätestens am fünften Samstag nach Neujahr. Das zweite Schulhalbjahr endet mit den Sommerferien. Je zwei Wochen Frühlings-, Herbst- und Weihnachtsferien sowie drei Wochen Sommerferien werden für den Kanton einheitlich durch den Erziehungsrat festgelegt.</p> <p>2 Den Rahmen für vier weitere Ferienwochen setzt das zuständige Departement nach Anhören der Schulpflegen fest.</p> <p>3 In der Volksschule dauert der Unterricht von Montag bis Freitag. An den kantonalen Schulen werden die Unterrichtstage vom Regierungsrat festgelegt.</p> <p>4 ... (aufgehoben)</p> <p>5 Der Regierungsrat legt nach Anhören des Erziehungsrates den Rahmen für die Unterrichtszeiten fest. Dabei berücksichtigt er die Bedürfnisse der Kinder und der Familien.</p> <p>421.313 Verordnung über die Volksschule vom 27.06.2012 (Stand 1. Januar 2017)</p> <p>2. Öffentliche Schulen</p> <p>2.1. Organisatorische Bestimmungen</p> <p>§ 6 Unterrichtszeiten</p> <p>1 Der Unterricht beginnt in der Regel frühestens um 07.30 Uhr und endet spätestens um 18.00 Uhr, beim freiwilligen Schulsport ausnahmsweise spätestens um 19.00 Uhr. Ausnahmsweise kann die Schulpflege zur Abstimmung auf die Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs eine Abweichung von diesen Zeiten um bis zu 20 Minuten beschliessen.</p> <p>2 Lektionen dauern 45 Minuten. Sie können zu Unterrichtseinheiten zusammengelegt oder in kürzere Sequenzen aufgeteilt werden.</p> <p>3 Die Schulleitung legt Lektionen, Pausen und Mittagspausen innerhalb dieser Unterrichtszeiten so fest, dass dem Bildungsauftrag und den Bedürfnissen der Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrpersonen angemessen Rechnung getragen wird.</p> <p>4 Den Schülerinnen und Schülern aller Stufen und Typen ist mindestens ein schulfreier Nachmittag zu gewähren. Vorbehalten sind der Besuch von Freifächern und der freiwillige Schulsport.</p> <p>815.300 Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG) vom 12. Januar 2016 (Stand 1. August 2016)</p> <p>§ 2 Angebot</p> <p>1 Die Gemeinden sind verpflichtet, den Zugang zu einem bedarfsgerechten Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern bis zum Abschluss der Primarschule sicherzustellen. Die Aufgabe kann in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Dritten erfüllt werden.</p> <p>2 Die Benützung des Angebots ist freiwillig.</p> <p>§ 4 Finanzierung</p> <p>1 Die Erziehungsberechtigten tragen die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung. Ihr Beitrag ist höchstens kostendeckend.</p> <p>2 Die Wohngemeinde beteiligt sich unabhängig vom Betreuungsort nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten.</p> <p>§ 6 Übergangsrecht</p> <p>1 Das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung ist bis spätestens zum Beginn des Schuljahrs 2018/19 umzusetzen.</p> <p>2 Für bisher vom Kanton unterstützte Institutionen der Tagesbetreuung gilt der bisherige § 51 Abs. 2 des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG) vom 6. März 2001 ¹⁾ während der Übergangszeit bis zum Abschluss des Schuljahrs 2017/18.</p>
-----------	---

AI	<p>411.000 Schulgesetz (SchG) vom 25. April 2004 (Stand 26. April 2015)</p> <p>VI. Finanzen A. Schulgemeinden</p> <p>Art. 55</p> <p>Die Schulgemeinden sorgen für den Transport und die Mittagsverpflegung von Schülern mit weitem oder nicht zumutbarem Schul- bzw. Kindergartenweg. Näheres bestimmt der Grosser Rat.</p> <p>411.010 Schulverordnung (SchV) vom 21. Juni 2004 (Stand 1. Januar 2016)</p> <p>IV. Schulbetrieb</p> <p>Art. 13</p> <p>³ Für Schüler, die den ganzen Tag Unterricht haben und die Anspruch auf einen Transport hätten, kann die Schulgemeinde anstelle des Mittagstransportes eine Mittagsverpflegung anbieten, wenn dies kostengünstiger ist.</p>
AR	<p>111.1 Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995 (Stand 1. Juni 2015)</p> <p>5. Öffentliche Aufgaben</p> <p>5.2 Die öffentlichen Aufgaben im einzelnen</p> <p>Art. 41 c) Familie, Jugend und Betagte</p> <p>¹ Kanton und Gemeinden unterstützen Familien und andere Lebensgemeinschaften mit Kindern in der Erfüllung ihrer Aufgaben; sie können die Schaffung geeigneter Bedingungen für die Betreuung von Kindern unterstützen.</p> <p>² Sie nehmen sich in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Anliegen und Bedürfnisse der Jugend und der Betagten an.</p> <p>411.0 Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 24.9.2000 (Stand 1. Januar 2016)</p> <p>VII. Organisation der Schule</p> <p>Art. 36 Lehrpläne</p> <p>¹ Der Regierungsrat erlässt für alle Schulen verbindliche Lehrpläne, die sich nach den Bildungszielen dieses Gesetzes richten.</p> <p>² Die Lehrpläne sind insbesondere so zu gestalten, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) das Unterrichtsangebot für beide Geschlechter gleich ist; b) die Gemeinden Blockzeiten- und Tagesschulmodelle einführen können. <p>411.1 Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung) vom 26.03.2001 (Stand 30. September 2016)</p> <p>VI. Organisation der Schule</p> <p>Art. 35a Unterrichtszeit, Stundenpläne</p> <p>¹ Der Unterricht findet von Montag bis Freitag statt und wird auf pädagogisch, didaktisch und organisatorisch sinnvolle Einheiten verteilt.</p> <p>² Zur Festlegung der konkreten Blockzeiten durch die Schulträger ist folgender zeitlicher Rahmen vorgegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) für Kindergarten und Primarschulen mindestens 3 Stunden Unterricht zwischen 08.00 Uhr und 11.50 Uhr und; b) für die Sekundarschulen mindestens 3 Stunden 45 Minuten Unterricht mit Beginn frühestens um 07.30 Uhr. <p>³ Die Unterrichtsblockzeiten werden ergänzt durch die Zeiten für die Pausen.</p> <p>⁴ Beginn und Ende der Blockzeiten stimmen innerhalb einer Gemeinde im Kindergarten und in der Primarschule überein. Innerhalb der Blockzeiten ist nur auf der Kindergartenstufe ein Modell mit Auffangzeiten möglich.</p> <p>⁵ Ergeben sich auf der Sekundarstufe I ausnahmsweise unterrichtsfreie Zwischenlektionen, stehen den Lernenden in diesen Zeiten geeignete Räume und eine Ansprechperson zur Verfügung.</p> <p>⁶ Das Departement Bildung und Kultur erlässt Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Blockzeit, welche mindestens zwei Organisationsmodelle für die Umsetzung im Kindergarten vorsehen. Das Departement Bildung und Kultur kann auf schriftliches Gesuch der Gemeinde hin in begründeten Fällen Abweichungen von den Vorgaben bewilligen.</p> <p>Art. 35b Tagesstrukturen</p> <p>¹ Die Gemeinden können bedarfsgerechte Tagesstrukturen einrichten oder unterstützen, welche die Betreuung in der Schule über die eigentliche Unterrichtszeit hinaus sowie den Mittagstisch einschliessen. Die Benützung solcher Tagesstrukturen ist freiwillig. Es kann ein angemessener Kostenbeitrag erhoben werden.</p> <p>² Das Departement Bildung und Kultur erlässt Rahmenbedingungen zur Umsetzung bedarfsgerechter Tagesstrukturen und kann den Gemeinden die Führung und Organisation der Schule als Tagesschule bewilligen.</p>

BE <u>d</u>	<p>101.1 Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (Stand 11. Dezember 2013)</p> <p>2. Grundrechte, Sozialrechte, Sozialziele 2.3 Sozialziele Art. 30</p> <p>1 Kanton und Gemeinden setzen sich zum Ziel, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> a alle ihren Unterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können, gegen die Folgen von unverschuldeten Arbeitslosigkeit geschützt sind und in den Genuss von bezahlten Ferien gelangen; b alle zu tragbaren Bedingungen wohnen können; c Frauen vor und nach einer Geburt materiell gesichert sind; d geeignete Bedingungen für die Betreuung von Kindern geschaffen und die Familien in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden; e die Anliegen und Bedürfnisse der Kinder und der Jugendlichen berücksichtigt werden; f alle sich gemäss ihren Fähigkeiten und Neigungen bilden und weiterbilden können; g alle Menschen, die wegen Alter, Gebrechlichkeit, Krankheit oder Behinderung der Hilfe bedürfen, ausreichende Pflege und Unterstützung erhalten. <p>2 Sie verwirklichen diese Ziele in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung sowie im Rahmen der verfügbaren Mittel.</p> <p>3. Öffentliche Aufgaben 3.5 Soziale Sicherheit Art. 39 Arbeit</p> <p>1 Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und deren Folgen zu mildern. Sie unterstützen die berufliche Umschulung und Wiedereingliederung.</p> <p>2 Der Kanton fördert die Arbeitssicherheit und die Arbeitsmedizin.</p> <p>3 Kanton und Gemeinden nehmen bei rechtmässigen Kampfmaßnahmen zwischen Sozialpartnern nicht Partei.</p> <p>4 Sie fördern die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungsaufgaben.</p> <p>432.210 Volksschulgesetz (VSG) vom 19. März 1992 (Stand 1. Januar 2017)</p> <p>2 Die Volksschule Art. 14d Tagesschule</p> <p>1. Angebot</p> <p>1 Tagesschulangebote tragen zur Erfüllung der Aufgaben der Volksschule bei.</p> <p>2 Als Tagesschulangebote gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> a Morgenbetreuung, b Mittagsbetreuung mit Verpflegung, c Aufgabenbetreuung, d Nachmittagsbetreuung. <p>3 Die Gemeinden haben mindestens diejenigen Tagesschulangebote zu führen, für die eine genügende Nachfrage besteht.</p> <p>4 Sie können die Führung der Tagesschulangebote ganz oder teilweise an Private übertragen, sofern die Aufsicht durch die Schulkommission und die Zusammenarbeit mit der Schulleitung gewährleistet sind.</p> <p>5 Der Regierungsrat regelt durch Verordnung, ab wann die Nachfrage im Sinne von Absatz 3 genügend ist. Er erlässt zudem Minimalvorschriften über die Qualitätsstandards, insbesondere über die Ausbildung des Personals und die Räume, sowie das Qualitätsmanagement.</p> <p>Art. 14e 2. Kosten</p> <p>1 Die Normlohnkosten abzüglich der anrechenbaren Erträge werden gemäss dem Lastenausgleich Lehrergehälter vom Kanton und von den Gemeinden getragen.</p> <p>2 Der Regierungsrat legt die Normlohnkosten und die anrechenbaren Erträge durch Verordnung fest. Er kann für Tagesschulen mit tiefem pädagogischem Anspruch andere Ansätze festlegen.</p> <p>3 Zur Erhaltung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts kann der Regierungsrat den maximalen Umfang des Tagesschulangebots festlegen, das die Gemeinden anzubieten haben und das gemäss dem Lastenausgleich finanziert wird. Er berücksichtigt dabei eine wirksame und optimale Aufgabenerfüllung und Organisation der Volksschule.</p> <p>Art. 14f 3. Beschränkung des Angebots</p> <p>1 Übersteigt die Nachfrage das gemäss dem Lastenausgleich finanzierte Tagesschulangebot (Art. 14e Abs. 3), kann die Gemeinde die Zulassung beschränken.</p> <p>2 Ist die Zulassung beschränkt, werden Kinder bevorzugt, deren Integration in die Volksschule durch den Besuch des Tagesschulangebots nachweislich unterstützt werden kann oder deren Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> a zur Existenzsicherung auf ein Tagesschulangebot angewiesen sind oder b berufstätig sind oder c in einer Erstausbildung stehen. <p>3 Der Regierungsrat regelt die Zulassung im Weiteren durch Verordnung.</p>
------------------------------	---

	<p>Art. 14g 4. Freiwilligkeit der Nutzung Es steht den Eltern frei, das Tagesschulangebot zu nutzen.</p> <p>Art. 14h 5. Gebühren</p> <p>1 Für die Nutzung des Tagesschulangebots erheben die Gemeinden Gebühren von den Eltern. 2 Die Gebühren bemessen sich nach dem Aufwand und berücksichtigen die Einkommens- und die Vermögenssituation der Eltern sowie die Familiengrösse. 3 Der Regierungsrat regelt die Gebühren durch Verordnung.</p> <p>432.211.2 Tagesschulverordnung (TSV) vom 28. Mai 2008 (Stand 1. März 2020)</p> <p>2. Genügende Nachfrage für die Tagesschulangebote</p> <p>Art. 2</p> <p>1 Die Gemeinden haben ein Tagesschulangebot zu führen, wenn dafür eine verbindliche Nachfrage von mindestens zehn Schülerinnen und Schülern besteht. 2 Sie erheben den Bedarf an Tagesschulangeboten einmal pro Jahr.</p>
BE -f	<p>101.1 Constitution du canton de Berne (ConstC) du 6 juin 1993 (Etat au 11.12.2013)</p> <p>2. Droits fondamentaux, droits sociaux, buts sociaux</p> <p>2.3 Buts sociaux</p> <p>Art. 30</p> <p>1 Le canton et les communes se fixent les buts suivants:</p> <p>a que toute personne puisse subvenir à ses besoins par un travail effectué dans des conditions raisonnables, qu'elle soit protégée des conséquences du chômage qui ne peut lui être imputé à faute et qu'elle bénéficie de vacances payées;</p> <p>b que toute personne puisse se loger à des conditions supportables;</p> <p>c que les femmes jouissent de la sécurité matérielle avant et après un accouchement;</p> <p>d que des conditions appropriées à l'encadrement des enfants soient créées et que les familles soient soutenues dans l'accomplissement de leur tâche;</p> <p>e que les désirs et les besoins des jeunes soient pris en considération;</p> <p>f que toute personne puisse se former et se perfectionner conformément à ses goûts et aptitudes;</p> <p>g que toute personne ayant besoin d'aide pour des raisons d'âge, de faiblesse, de maladie ou de handicap reçoive des soins et un soutien suffisants.</p> <p>2 Le canton et les communes réalisent ces buts dans le cadre des moyens disponibles et en complément de l'initiative et de la responsabilité privées.</p> <p>3. Tâches publiques</p> <p>3.5 Sécurité sociale</p> <p>Art. 39 Travail</p> <p>1 Le canton et les communes prennent des mesures pour prévenir le chômage et en atténuer les conséquences. Ils soutiennent la reconversion et la réinsertion professionnelle.</p> <p>2 Le canton encourage la sécurité au travail et la médecine du travail.</p> <p>3 Le canton et les communes ne prennent pas parti lorsque les partenaires sociaux recourent à des mesures de lutte qui sont licites.</p> <p>4 Ils encouragent les mesures qui permettent de concilier une activité professionnelle avec une tâche d'encadrement.</p> <p>432.210 Loi sur l'école obligatoire (LEO) du 19 mars 1992 (Etat au 1er janvier 2017)</p> <p>2. Ecole obligatoire</p> <p>Art. 14d Ecoles à journée continue</p> <p>1. Offre</p> <p>1 Les modules d'école à journée continue participent à l'accomplissement de la mission de l'école obligatoire.</p> <p>2 Sont considérés comme modules d'école à journée continue</p> <p>a la prise en charge des élèves le matin,</p> <p>b la prise en charge des élèves à midi et les repas de midi,</p> <p>c les devoirs surveillés,</p> <p>d la prise en charge des élèves l'après-midi.</p> <p>3 Les communes sont tenues de gérer au moins les modules d'école à journée continue pour lesquels la demande est suffisante.</p> <p>4 Elles peuvent déléguer en partie ou en totalité la gestion des modules d'école à journée continue à des organismes privés, à condition toutefois que la surveillance soit assurée par la commission scolaire et que la collaboration avec la direction d'école soit garantie.</p> <p>5 Le Conseil-exécutif règle par voie d'ordonnance le seuil à partir duquel la demande est suffisante au sens de l'alinéa 3. Il édicte en outre des prescriptions minimales régissant les normes de qualité relatives notamment à la</p>

	<p>formation du personnel et aux locaux ainsi que des prescriptions régissant la gestion de la qualité.</p> <p>Art. 14e</p> <p>2. Coûts</p> <p>1 Les coûts de traitements normatifs sont pris en charge conjointement par le canton et les communes conformément à la compensation des charges des traitements du corps enseignant, après déduction des revenus imputables.</p> <p>2 Le Conseil-exécutif fixe les coûts de traitements normatifs et les revenus imputables par voie d'ordonnance. Il peut fixer d'autres barèmes pour les modules d'école à journée continue dont le niveau d'exigences pédagogiques est peu élevé.</p> <p>3 Afin de garantir l'équilibre des finances, le Conseil-exécutif peut plafonner l'étendue de l'offre de modules d'école à journée continue qui doit être proposée par les communes et qui est financée au titre de la compensation des charges. Il veille à ce que l'accomplissement de la mission et l'organisation de l'école obligatoire soient efficaces et les meilleurs possibles.</p> <p>Art. 14f</p> <p>3. Restriction de l'offre</p> <p>1 Si la demande dépasse l'offre proposée de modules d'école à journée continue financée au titre de la compensation des charges (art. 14e, al. 3), la commune peut restreindre l'admission.</p> <p>2 Si l'admission doit être restreinte, sont favorisés les enfants dont l'intégration à l'école obligatoire peut manifestement être encouragée par la fréquentation de modules d'école à journée continue ou dont les parents a sont tributaires de l'offre proposée de modules d'école à journée continue pour assurer leur existence ou b exercent une activité professionnelle ou c suivent une formation initiale.</p> <p>3 Au surplus, le Conseil-exécutif règle l'admission par voie d'ordonnance.</p> <p>Art. 14g</p> <p>4. Fréquentation facultative</p> <p>La fréquentation des modules d'école à journée continue est facultative et laissée à l'appréciation des parents.</p> <p>Art. 14h</p> <p>5. Emoluments</p> <p>1 Les communes prélevent des émoluments auprès des parents pour la fréquentation des modules d'école à journée continue.</p> <p>2 Les émoluments sont calculés en fonction des dépenses et tiennent compte du revenu et de la fortune des parents ainsi que de la taille de la famille.</p> <p>3 Le Conseil-exécutif règle les émoluments par voie d'ordonnance.</p> <p>431.211.2</p> <p>Ordonnance sur les écoles à journée continue (OEC) du 28 mai 2008 (Etat au 1er mars 2020)</p> <p>2 Demande suffisante de modules d'école à journée continue</p> <p>Art. 2</p> <p>1 Les communes doivent gérer des modules d'école à journée continue dès qu'il existe une demande ferme pour dix élèves au moins.</p> <p>2 Elles établissent les besoins en modules d'école à journée continue une fois par an.</p>
BL	<p>640</p> <p>Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 (Stand 1. Februar 2020)</p> <p>1 Grundlegende Bestimmungen</p> <p>1.1 Allgemeines</p> <p>§ 10 Kostenbeiträge</p> <p>1 Für folgende Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsangebote und Unterrichtsmittel können die Einwohnergemeinden und der Kanton Kostenbeiträge erheben:</p> <ol style="list-style-type: none"> die Veranstaltungen der Schulen außerhalb des Unterrichts; den Unterricht und die Miete von Instrumenten an der Musikschule; die Betreuung und Verpflegung außerhalb des Unterrichts; die Lehrmittel ab der Sekundarstufe II; die Ausbildungen und Kursangebote in der Erwachsenenbildung. <p>2 Die Kostenbeiträge für den Unterricht an den Musikschulen dürfen 1/3 der effektiven Kosten nicht überschreiten und sind so auszustalten, dass der Musikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler zugänglich ist.</p> <p>3 Die Verordnung legt die in der Zuständigkeit des Kantons stehenden Kostenbeiträge fest.</p> <p>1.2 Trägerschaft der öffentlichen Schulen</p> <p>§ 15 Aufgaben der Trägerschaft</p> <p>Die Einwohnergemeinden und der Kanton haben als Schulträgerinnen bzw. als Schulträger folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> sie legen das Einzugsgebiet ihrer Schulen und Schulhäuser fest; sie regeln die Wahl der Schulräte; sie errichten, unterhalten und finanzieren die Schulbauten und Schuleinrichtungen; sie kommen für das Schulmaterial auf;

	<p>e sie tragen die Lohnkosten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulen;</p> <p>f sie regeln die Anstellungsbedingungen der nicht unterrichtenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulen;</p> <p>g sie bieten bei Bedarf eine Verpflegungsmöglichkeit über die Mittagszeit an. Sie haben diesbezüglich alle drei Jahre eine Bedarfsabklärung durchzuführen. Das Nähere regelt die Verordnung;</p> <p>h sie stellen ihren Schülerinnen und Schülern Bibliotheken oder Mediotheken zur Verfügung.</p> <p>2 Schularten, Ausbildungen und Schuldienste</p> <p>2.1 Kindergarten</p> <p>§ 23 Schulort</p> <p>1 Der Kindergarten wird in der Regel in der Wohngemeinde besucht.</p> <p>2 Wird ein Kind tagsüber regelmässig in einer anderen Gemeinde des Kantons betreut, hat es Anspruch auf den Kindergartenbesuch in dieser Gemeinde, so- fern in der Wohngemeinde oder am Schulort kein Angebot gemäss § 2 des Gesetzes vom 21. Mai 2015¹⁾ über die familienergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung steht, seine Aufnahme nicht die Bildung einer zusätzlichen Klasse bedingt und die externe Tagesbetreuung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dient.</p> <p>2bis Vorbehalten bleiben Vereinbarungen zwischen den Gemeinden zu einem Kindergartenbesuch in einer andern als der Wohngemeinde.</p> <p>3 Die Verordnung legt den Beitrag fest, den die Wohngemeinde an die Gemeinde, in der das Kind tagsüber regelmässig betreut wird, zu bezahlen hat.</p> <p>2.2 Primarschule</p> <p>§ 26 Schulort</p> <p>1 Die Primarschule wird in der Regel in der Wohngemeinde besucht.</p> <p>2 Wird ein Kind tagsüber regelmässig in einer anderen Gemeinde des Kantons betreut, hat es Anspruch auf den Besuch der Primarschule in dieser Gemeinde, sofern in der Wohngemeinde oder am Schulort kein Angebot gemäss § 2 des Gesetzes vom 21. Mai 2015¹⁾ über die familienergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung steht, seine Aufnahme nicht die Bildung einer zusätzlichen Klasse bedingt und die externe Tagesbetreuung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dient.</p> <p>2bis Vorbehalten bleiben Vereinbarungen zwischen den Gemeinden zu einem Schulbesuch in einer andern als der Wohngemeinde.</p> <p>3 Die Verordnung legt den Beitrag fest, den die Wohngemeinde an die Gemeinde, in der das Kind tagsüber regelmässig betreut wird, zu bezahlen hat.</p> <p>642.15</p> <p><u>Verordnung über den Mittagstisch an der Sekundarschule vom 01.07.2008 (Stand: 1. August 2017)</u></p> <p>§ 1 Zweck</p> <p>1 Der Mittagstisch ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, in der Schule oder an einer Örtlichkeit in der Nähe der Schule an Schultagen mit Unterricht eine Mahlzeit einzunehmen und die unterrichtsfreie Mittagszeit zu verbringen.</p> <p>§ 2 Ausgestaltung des Mittagstisches</p> <p>1 Der Mittagstisch umfasst ein Verpflegungs- und ein Betreuungsangebot.</p> <p>2 Der Mittagstisch ist von Montag bis Freitag ab Ende der 5. Vormittagsstunde bis Anfang der 1. Nachmittagsstunde geöffnet.</p> <p>3 Schüler und Schülerinnen können ihr Essen mitnehmen und sich selbstständig am Mittagstisch verpflegen.</p> <p>4 Der Mittagstisch bietet eine ausgewogene und abwechslungsreiche Verpflegung. Es wird eine dem Alter der Kinder angemessene Ess- und Tischkultur gepflegt.</p> <p>§ 3 Organisation des Mittagstisches</p> <p>1 Die Mittagsverpflegung wird durch Dritte angeboten.</p> <p>2 Die Betreuung wird durch die Schule selbst, durch Dritte oder in einer kombinierten Form gewährleistet.</p> <p><u>Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 21. Mai 2015 (Stand 1. Januar 2017)</u></p> <p>§ 2 Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung</p> <p>1 Als Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung gelten:</p> <p>a. Tagesfamilien, welche einer gemäss § 3 dieses Gesetzes anerkannten Tagesfamilienorganisation angehören;</p> <p>b. Einrichtungen der Kinderbetreuung (z.B. Kindertagesstätten) im Sinne der bundesrechtlichen Bestimmungen über das Pflegekinderwesen;</p> <p>c. von den Gemeinden anerkannte und periodisch überprüfte Betreuungsformen, welche nicht den bundesrechtlichen Bestimmungen über das Pflegekinderwesen unterstehen, sofern die Angebote allen Kindern der Gemeinde nach Massgabe der verfügbaren Plätze offen stehen.</p> <p>§ 6 Pflichten der Gemeinden</p> <p>1 Die Gemeinden erheben den Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung in ihrer Gemeinde und überprüfen diese Erhebung periodisch. Die Gemeinden sind in der Wahl der Erhebungsmethode frei.</p> <p>2 Sie melden die Ergebnisse ihrer Erhebungen dem Kanton.</p> <p>3 Soweit Bedarf besteht, stellt die Gemeinde das Angebot sicher, indem sie</p> <p>a. die Erziehungsberechtigten so weit unterstützt, dass deren Kosten für die Nutzung der Angebote ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen (Subjektfinanzierung), oder</p>
--	---

	<p>b. eigene Angebote oder Angebote Dritter so weit unterstützt, dass die Kosten für die Erziehungsberechtigten deren Leistungsfähigkeit entsprechen (Objektfinanzierung).</p> <p>4 Die Gemeinden können die beiden Formen miteinander kombinieren.</p> <p>5 Die Gemeinden stellen sicher, dass mit ihrem Angebot die Bestimmungen über den Schulort gemäss §§ 23 und 26 des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002) eingehalten werden.</p> <p>6 Die Gemeinden informieren ihre Einwohnerinnen und Einwohner in geeigneter Form über das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung.</p>
BS	<p>111.100</p> <p>Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 (Stand 5. Juli 2018)</p> <p>II. Grundrechte und Grundrechtsziele</p> <p>§ 11. Grundrechtsgarantien</p> <p>1 Die Grundrechte sind im Rahmen der Bundesverfassung und der für die Schweiz verbindlichen internationalen Abkommen gewährleistet, namentlich:</p> <p>a) das Recht auf Leben,</p> <p>b) das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit,</p> <p>c) das Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung,</p> <p>d) das Verbot der Zwangsarbeit und des Menschenhandels,</p> <p>e) das Recht auf Freiheit und Sicherheit,</p> <p>f) das Recht von Kindern und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung,</p> <p>g) der Schutz des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und der Kommunikation,</p> <p>h) das Recht auf Ehe und Familie,</p> <p>i) das Recht auf ehe- und familienähnliche Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens,</p> <p>j) der Schutz personenbezogener Daten sowie des Rechts auf Einsichtnahme und auf Berichtigung falscher Daten,</p> <p>k) die Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit,</p> <p>l) die Informations-, Meinungs- und Medienfreiheit,</p> <p>m) die Versammlungs-, Vereinigungs- und Kundgebungsfreiheit,</p> <p>n) das Recht auf Bildung,</p> <p>o) das Recht, nichtstaatliche Schulen zu errichten, zu führen und zu besuchen,</p> <p>p) die Freiheit der Kunst,</p> <p>q) die Freiheit der Wissenschaft,</p> <p>r) der Schutz des Eigentums,</p> <p>s) das Recht auf freie Wahl und Ausübung eines Berufes und auf freie wirtschaftliche Betätigung,</p> <p>t) das Recht auf Hilfe in Notlagen,</p> <p>u) die Niederlassungsfreiheit,</p> <p>v) das Recht auf freie Wahlen und Abstimmungen.</p> <p>2 Diese Verfassung gewährleistet überdies:</p> <p>a) das Recht, dass Eltern innert angemessener Frist zu finanziell tragbaren Bedingungen eine staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit für ihre Kinder angeboten wird, die den Bedürfnissen der Kinder entspricht,</p> <p>b) das Petitionsrecht unter Einschluss eines Anspruchs auf Beantwortung innerhalb einer angemessenen Frist.</p> <p>c) dass der Kanton das Recht auf Wohnen anerkennt. Er trifft die zu seiner Sicherung notwendigen Massnahmen, damit Personen, die in Basel-Stadt wohnhaft und angemeldet sind, sich einen ihrem Bedarf entsprechenden Wohnraum beschaffen können, dessen Mietzins oder Kosten ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigt. - Umsetzungsfrist: Diese Verfassungsänderung ist spätestens zwei Jahre nach ihrer Annahme durch die Stimmberechtigten umzusetzen.</p> <p>III. Staatsziele und Staatsaufgaben</p> <p>§ 18 Schulen, Kindergärten, Tagesbetreuungseinrichtungen und Heime</p> <p>1 Der Staat führt Kindergärten und Schulen. Er führt oder unterstützt Tagesbetreuungseinrichtungen, Sonderschulen und Heime.</p> <p>2 Staatliche Kindergärten, Schulen, Tagesbetreuungseinrichtungen, Sonderschulen und Heime werden konfessionell und politisch neutral geführt.</p> <p>3 Die Kindergärten, Schulen, Tagesbetreuungseinrichtungen, Sonderschulen und Heime fördern und fordern alle Kinder und Jugendlichen gemäss ihren Fähigkeiten und Neigungen. Sie fördern die Integration aller Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft und vermitteln zwischen den Kulturen.</p> <p>§ 29 Wirtschaft und Arbeit</p> <p>1 Der Staat sorgt mit günstigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer leistungsfähigen und strukturell ausgewogenen Wirtschaft.</p> <p>2 Er trifft in Ergänzung zum Bundesrecht Vorkehrungen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Er betreibt eine aktive Beschäftigungspolitik.</p> <p>3 Er fördert die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungsaufgaben.</p>

	<p>410.100</p> <p>Schulgesetz vom 4. April 1929 (Stand 15. August 2016)</p> <p>II. Allgemeine Bestimmungen. Schulpflicht und Schülerinnen und Schüler</p> <p>§ 73 Unterrichtszeit und Tagesstrukturen in der Volksschule</p> <p>1 Am Vormittag erfolgt der Unterricht in der Volksschule im Rahmen von Blockzeiten.</p> <p>2 Ergänzend zu den Unterrichtszeiten gewährleistet die Schulleitung in der Volksschule ein bedarfsgerechtes, nach pädagogischen Grundsätzen geführtes Betreuungsangebot (Tagesstrukturen).</p> <p>3 Bei der Festlegung der Zeitorganisation von Unterricht und Tagesstrukturen werden die Bedürfnisse der Kinder und Familien berücksichtigt.</p> <p>4 Die Betreuungsleistung in den Tagesstrukturen kann von privaten Institutionen erbracht werden.</p> <p>§ 74 Verordnungen</p> <p>1 Der Regierungsrat erlässt auf Antrag des Erziehungsrats die zur Ausführung des Schulgesetzes erforderlichen Verordnungen.</p> <p>2 Er erlässt insbesondere Bestimmungen über</p> <ul style="list-style-type: none"> a) ... b) die Beurteilung und Schullaufbahnentscheide c) das Absenzenwesen und die Dispensationen d) die Disziplinarmassnahmen e) die Lehrpersonen e^{bis} die Maturitätskurse für Berufstätige (§ 44) e^{ter} den Passerelle-Lehrgang (§ 45) f) das Bildungszentrum Gesundheit Basel (§ 52) g) die Förderangebote, verstärkten Massnahmen und Fördermassnahmen vor der Einschulung (§§ 63b, 64 und 64a) h) die Unterrichtslektionen (§ 67a) i) die Klassengrössen (§ 67b) j) die Tagesstrukturen (§§ 73 und 75 Abs. 5) k) die Abgabe der Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien (§ 75 Abs. 3) k^{bis} den von den öffentlichrechtlich und kantonal anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften verantworteten Religionsunterricht (§ 77 Abs. 3) l) die Schulräte (§ 79a) m) die Schulkommissionen (§ 80ff.) n) die Volksschulleitung (§ 87a) o) die Schulleitungen (§§ 87c und 88) p) die Kooperation zwischen Schule und Erziehungsberechtigten (§§ 91 und 91a) p^{bis} die Schülerinnen und Schüler (§ 91b) q) die Konferenzen (§§ 117 und 118) r) die kantonale Schulkonferenz (§§ 124ff.) s) die Anerkennung von Privatschulen, die staatliche Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse ausstellen dürfen (§ 134a) <p>§ 75 Kosten des Schulwesens</p> <p>1 Der Unterricht an den in diesem Gesetz genannten öffentlichen Schulen ist grundsätzlich unentgeltlich. Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen über den Besuch der Schulen der beruflichen Grundbildung.</p> <p>2 Die Lehrmittel und die für den Unterricht notwendigen Verbrauchsmaterialien werden in den staatlichen Schulen während der Dauer der Schulpflicht grundsätzlich unentgeltlich abgegeben.</p> <p>3 Der Regierungsrat regelt die Abgabe der Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien.</p> <p>4 ...</p> <p>5 Die Erziehungsberechtigten beteiligen sich entsprechend ihrer finanziellen Leistungskraft an den Kosten für die Tagesstrukturen. Der Regierungsrat legt die Höhe und die Berechnungsmodalitäten der Beiträge fest.</p> <p>412.600</p> <p>Verordnung über die Tagesstrukturen (Tagesstrukturverordnung, TSV) vom 2. Dezember 2014 (Stand 1. August 2015)</p> <p>I. Allgemeines</p> <p>§ 2. Tagesstrukturangebote</p> <p>1 Es gibt die folgenden Tagesstrukturangebote:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Tagesstrukturen der Schulen; b) Schulexterne Mittagstische; c) Tagesferien. <p>§ 3. Anforderungen an die Tagesstrukturangebote</p> <p>1 Die Tagesstrukturangebote erfüllen die folgenden Anforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Sie sind altersgerecht konzipiert und berücksichtigen die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie der Erziehungsberechtigten. b) Sie gewährleisten eine pädagogisch geführte Betreuung und sorgen bei der Freizeitgestaltung für ein
--	--

	<p>ausgewogenes Verhältnis zwischen Aktivitäts- und Erholungsphasen.</p> <p>c) Sie sind so gestaltet, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung gefördert werden, insbesondere in ihrer Selbstkompetenz und Sozialkompetenz.</p> <p>d) Die angebotene Verpflegung ist altersgerecht, ausgewogen und gesund.</p> <p>§ 4. Besuch der Tagesstrukturangebote</p> <p>1 Der Besuch der Tagesstrukturangebote durch die Schülerinnen und Schüler ist freiwillig.</p> <p>2 Bei den sonderschulischen Spezialangeboten ist mit Ausnahme der Tagesferien der Besuch der Tagesstrukturen für die Schülerinnen und Schüler obligatorisch. Die Bestimmungen über die Aufnahme in die Tagesstrukturen der Primarstufe (§§ 9 bis 11) sind nicht anwendbar.</p> <p>§ 5. Weg zwischen dem Primarstufenstandort und den Tagesstrukturangeboten</p> <p>1 Beim Besuch von Tagesstrukturen der Primarstufe sorgt die Schulleitung dafür, dass die Schülerinnen und Schüler ohne besondere Gefahren den Weg zwischen dem Primarstufenstandort und den Tagesstrukturen zurücklegen können.</p> <p>2 Beim Besuch von schulexternen Mittagstischen entscheiden die Erziehungsberechtigten, wie ihre Kinder den Weg zwischen dem Primarstufenstandort und dem schulexternen Mittagstisch zurücklegen sollen.</p> <p>§ 6. Ausschluss</p> <p>1 In der Primarstufe und an den Sekundarschulen kann die Schulleitung in Absprache mit der Tagesstrukturleitung und nach vorhergehender schriftlicher Mahnung, Schülerinnen und Schüler von den Tagesstrukturen ausschliessen, wenn sie durch ihr Verhalten das Wohl der Mitschülerinnen und Mitschüler oder die ordnungsgemässen Durchführung der Tagesstrukturen gefährden.</p> <p>2 Bei schulexternen Mittagstischen und Tagesferien entscheidet nach vorhergehender Rücksprache mit der Fachstelle Tagesstrukturen oder der zuständigen Stelle der Gemeinden die verantwortliche private Institution (§ 21) über den Ausschluss.</p> <p>II. Tagesstrukturen der Primarstufe</p> <p>§ 7. Module</p> <p>1 Die Tagesstrukturen der Primarstufe können aus den folgenden Modulen bestehen:</p> <p>a) dem Frühhort mit Frühstück;</p> <p>b) dem Mittagsmodul mit Mittagessen;</p> <p>c) dem Nachmittagsmodul mit Hausaufgabenunterstützung, Zwischenverpflegung und Freizeitaktivitäten.</p> <p>2 Die Schulleitung oder die zuständige Stelle der Gemeinden legt im Rahmen der kantonalen Vorgaben fest, welche Module angeboten werden.</p> <p>§ 8. Teilnahme</p> <p>1 Die Tagesstrukturen der Primarstufe stehen den Schülerinnen und Schülern der von der Schulleitung bezeichneten Kindergärten und der Primarschule offen.</p> <p>2 Die Leitung Volksschulen kann in den Richtlinien (§ 34) eine Mindestteilnahme pro Woche festlegen.</p> <p>§ 9. Aufnahme</p> <p>1 Die Schülerinnen und Schüler werden in die Tagesstrukturen der Primarstufe auf Anmeldung durch die Erziehungsberechtigten bei der Fachstelle Tagesstrukturen oder der zuständigen Stelle der Gemeinden aufgenommen.</p> <p>2 Sind in den Tagesstrukturen nicht genügend Plätze für alle für das Mittagsmodul angemeldeten Schülerinnen und Schüler vorhanden, so werden diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nur für das Mittagsmodul angemeldet sind, an einen schulexternen Mittagstisch verwiesen.</p> <p>§ 10. Dauer der Aufnahme und nachträgliche Änderung der Teilnahme</p> <p>1 Die Aufnahme in die Tagesstrukturen gilt für ein Schuljahr.</p> <p>2 In begründeten Fällen kann auf Antrag der Erziehungsberechtigten der Umfang der Teilnahme an den Tagesstrukturen nachträglich geändert oder die Schülerin oder der Schüler vor Schuljahresende abgemeldet werden.</p> <p>§ 11. Streichung von der Teilnahmeliste und Neuzuteilung des Platzes</p> <p>1 Schülerinnen und Schüler, die mehr als einen Monat unbegründet abwesend sind oder für die mehr als zwei Monate die Beiträge nicht bezahlt wurden, werden nach einer schriftlichen Mahnung aus der Teilnahmeliste gestrichen und deren Plätze werden neu zugeteilt.</p> <p>§ 12. Durchführung</p> <p>1 Die Schulleitung kann die Tagesstrukturen selber anbieten oder einzelne Module teilweise oder vollumfänglich durch eine private Institution durchführen lassen.</p> <p>2 Bei der Durchführung durch eine private Institution schliesst die Schulleitung oder die zuständige Stelle der Gemeinden mit der privaten Institution eine Leistungsvereinbarung ab. Darin werden insbesondere festgelegt:</p> <p>a) die Leistungen der privaten Institution;</p> <p>b) die finanzielle Abgeltung durch die Schule;</p> <p>c) die Berichterstattung, das Controlling, das Finanz- und Rechnungswesen;</p> <p>d) die Geltungsdauer und Auflösung der Vereinbarung.</p> <p>§ 13. Kooperation</p> <p>1 Die Tagesstrukturleitung und die Schulleitung sowie die Mitarbeitenden der Tagesstrukturen und die Lehr- und Fachpersonen arbeiten zusammen.</p> <p>2 Sie tauschen die für die Betreuung und Förderung erforderlichen Informationen über einzelne Schülerinnen</p>
--	--

	<p>und Schüler aus und stimmen das Handeln im Schul- und Tagesstrukturbetrieb aufeinander ab.</p> <p>3 Die Ausgestaltung der Kooperation und Organisation am Standort wird im Schulprogramm beschrieben.</p> <p>III. Tagesstrukturen der Sekundarschulen</p> <p>§ 14. Angebot</p> <p>1 An den Sekundarschulen bestehen die Tagesstrukturen wenigstens aus</p> <ol style="list-style-type: none"> einer Mittagsverpflegung und einem pädagogisch geführten Angebot in Form eines beaufsichtigten Aufenthalts. <p>2 Die Sekundarschulen können zusätzliche Aktivitäten wie Hausaufgabenunterstützung, Freizeitkurse, freiwilligen Schulsport oder Exkursionen anbieten.</p> <p>3 Die Schulleitung legt im Rahmen der kantonalen Vorgaben das Angebot fest.</p> <p>§ 15. Teilnahme</p> <p>1 Die Mittagsverpflegung und der Aufenthalt sind frei zugänglich und stehen allen Schülerinnen und Schülern der betreffenden Sekundarschule offen.</p> <p>2 Für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung und für zusätzliche Aktivitäten kann eine Anmeldung verlangt werden.</p> <p>3 Die Schulleitungen können die Tagesstrukturen auch für andere Schülerinnen und Schüler öffnen.</p> <p>4 An den Tagesstrukturen der Sekundarschulen werden keine Präsenzkontrollen durchgeführt.</p> <p>§ 16. Durchführung</p> <p>1 Die Schulleitung kann die Tagesstrukturen selber anbieten oder einzelne Angebote teilweise oder volumnäßig durch eine private Institution durchführen lassen.</p> <p>2 Bei der Durchführung durch eine private Institution schliesst die Schulleitung mit der privaten Institution eine Leistungsvereinbarung ab. Darin werden insbesondere festgelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> die Leistungen der privaten Institution; die finanzielle Abgeltung durch die Schule; die Berichterstattung, das Controlling, das Finanz- und Rechnungswesen; die Geltungsdauer und Auflösung der Vereinbarung. <p>§ 17. Kooperation</p> <p>1 Die Tagesstrukturleitung und die Schulleitung arbeiten zusammen.</p> <p>2 Sie tauschen die für die Betreuung und Förderung erforderlichen Informationen über einzelne Schülerinnen und Schüler aus und stimmen das Handeln im Schul- und Tagesstrukturbetrieb aufeinander ab.</p> <p>3 Die Ausgestaltung der Kooperation und Organisation am Standort wird im Schulprogramm beschrieben.</p> <p>IX. Zuständigkeiten</p> <p>§ 32. Verantwortung für die Tagesstrukturen der Schulen</p> <p>1 Die Gesamtverantwortung für die Tagesstrukturen der Schulen trägt in den vom Kanton geführten Schulen die Volksschulleitung, in den von den Gemeinden geführten Schulen die zuständige Stelle der Gemeinden.</p> <p>2 Für die Tagesstrukturen der einzelnen Schulstandorte tragen die betreffenden Schul- und Tagesstrukturleitungen bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden die Verantwortung.</p> <p>3 Die Schulleitungen erlassen als Teil des Schulprogramms ein Konzept für die Tagesstrukturen.</p> <p>§ 33. Verantwortung für die schulexternen Mittagstische und die Tagesferien</p> <p>1 Die Gesamtverantwortung für die schulexternen Mittagstische und die Tagesferien trägt in der Stadt Basel die Volksschulleitung, in den Gemeinden die zuständige Stelle der Gemeinden.</p>
815.100	<p>Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz) vom 17. September 2003 (Stand 1. Januar 2016)</p> <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 1. Gegenstand</p> <p>1 Dieses Gesetz regelt und fördert die familienergänzende Tagesbetreuung von Kindern. Es gewährleistet den Eltern ein ausreichendes und vielfältiges Netz an Betreuungsangeboten.</p> <p>2 Kanton, Gemeinden, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber fördern die Tagesbetreuung durch eigene Angebote, durch die Zusprache finanzieller Mittel oder auf andere Art.</p> <p>§ 4. Angebot</p> <p>1 Das zuständige Departement plant unter Einbezug der Landgemeinden das Angebot der Tagesbetreuung.</p> <p>2 Das Angebot ist so zu planen, dass Eltern bei rechtzeitiger Meldung und nach Vorhandensein der notwendigen Unterlagen in der Regel innert drei Monaten nach dem gewünschten Termin ein Angebot für einen Tagesbetreuungsplatz unterbreitet werden kann.</p> <p>3 Zum Angebot der Tagesbetreuung gehören insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tages- und Halbtagesheime, - Tagesfamilien, - - - Spielgruppen. <p>4 Das Angebot verteilt sich auf die Quartiere der Stadt und der Landgemeinden. Die Öffnungszeiten sind bedürfnisgerecht ausgestaltet.</p>

	<p>5 Das Angebot wird in der Regel von privaten Trägerschaften geführt.</p> <p>815.110 Verordnung zum Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsverordnung, TBV) vom 25. November 2008 (Stand 10. Juli 2016)</p> <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 1. Grundsatz</p> <p>1 Diese Verordnung regelt die Ausgestaltung der familienergänzenden Tagesbetreuung von Kindern.</p> <p>2 Die familienergänzende Tagesbetreuung von Kindern orientiert sich am Wohl und den Bedürfnissen der Kinder, der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sowie den Bedürfnissen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.</p>
FR_f	<p>10.1 Constitution du canton de Fribourg du 16 mai 2004 (Etat 1er janvier 2019)</p> <p>4 Tâches publiques</p> <p>Art. 59 Familles –Principes</p> <p>1 L'Etat et les communes protègent et soutiennent les familles dans leur diversité.</p> <p>2 L'Etat développe une politique familiale globale. Il crée des conditions cadres permettant de concilier la vie professionnelle et la vie familiale.</p> <p>3 La législation doit respecter les intérêts des familles.</p> <p>Art. 60 Familles – Mesures</p> <p>1 L'Etat met en place un système de prestations en faveur de chaque enfant.</p> <p>2 Il octroie des prestations complémentaires pour les enfants en bas âge des familles dont les moyens financiers sont insuffisants.</p> <p>3 En collaboration avec les communes et les particuliers, l'Etat organise un accueil de la prime enfance jusqu'à l'entrée à l'école obligatoire et peut mettre sur pied un accueil parascolaire. Ces prestations doivent être financièrement accessibles à tous.</p> <p>835.1 Loi du 9 juin 2011 sur les structures d'accueil extrafamilial de jour (LStE) (Etat 1er janvier 2013)</p> <p>Art. 1 But et objectifs</p> <p>1 La loi garantit l'offre d'un nombre suffisant de places d'accueil extrafamilial de jour permettant la conciliation de la vie familiale et de la vie professionnelle. Elle assure des prestations de qualité qui sont financièrement accessibles pour tous.</p> <p>2 Pour ce faire, elle harmonise la planification de l'offre des places d'accueil, coordonne l'activité entre les différents intervenants et intervenantes et règle l'octroi de subventions.</p> <p>3 Dans l'accomplissement des tâches découlant de la présente loi, l'Etat et les communes veillent à une mise en œuvre répondant aux spécificités régionales et aux besoins déterminés par l'évaluation.</p> <p>Art. 2 Champ d'application</p> <p>La présente loi est applicable aux structures d'accueil qui :</p> <p>a) proposent un accueil extrafamilial pour les enfants jusqu'à la fin de la scolarité primaire ;</p> <p>b) sont autorisées à exercer ou ont annoncé une activité, conformément à la législation sur le placement d'enfants hors du milieu familial ;</p> <p>c) accueillent les enfants pendant la journée.</p> <p>Art. 3 Accueil préscolaire</p> <p>Les crèches, les familles de jour, les écoles maternelles et autres ateliers d'éveil dans leurs diverses formes qui accueillent des enfants en âge préscolaire sont des offres d'accueil préscolaire.</p> <p>Art. 4 Accueil extrascolaire</p> <p>La prise en charge en dehors du temps d'école, les familles de jour, les écoles maternelles et autres ateliers d'éveil dans leurs diverses formes qui accueillent des enfants en âge de scolarité, les services de repas et l'aide aux devoirs sont des offres d'accueil extrascolaire.</p> <p>Art. 5 Coordination</p> <p>Pour les enfants fréquentant l'école, les horaires de la prise en charge sont aménagés de manière à compléter le mieux possible les horaires scolaires.</p> <p>Art. 6 Communes</p> <p>1 Les communes ou associations de communes évaluent tous les quatre ans le nombre et le type de places d'accueil nécessaires à la couverture des besoins en structures d'accueil extrafamilial. La possibilité de concilier la vie familiale et la vie professionnelle, les aspects de socialisation et l'évolution démographique sont pris en compte.</p> <p>2 Les résultats des évaluations sont communiqués aux citoyens et citoyennes.</p> <p>3 En fonction de l'évaluation des besoins, les communes proposent, soutiennent et subventionnent un nombre suffisant de places d'accueil préscolaire et extrascolaire.</p> <p>4 Pour ce faire, elles créent des structures d'accueil ou passent des conventions avec des structures d'accueil autorisées ou avec des associations faîtières. Les conventions portent sur l'ensemble ou sur une partie des places autorisées d'une structure.</p> <p>5 Les communes peuvent confier des tâches à des tiers.</p>

FR_d	<p>10.1 Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 (Stand 1. Januar 2019)</p> <p>4 Öffentliche Aufgaben</p> <p>Art. 59 Familien – Grundsätze</p> <p>1 Staat und Gemeinden schützen und unterstützen die Familien in ihrer Vielfalt. 2 Der Staat betreibt eine umfassende Familienpolitik. Er schafft Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen. 3 Die Gesetzgebung hat sich mit den Anliegen der Familien zu vertragen.</p> <p>Art. 60 Familien – Massnahmen</p> <p>1 Der Staat sieht eine Zulagenordnung vor, die jedem Kind Leistungen ausrichtet. 2 Er richtet Familien mit Kleinkindern ergänzende Leistungen aus, sofern ihre finanziellen Verhältnisse es erfordern. 3 Der Staat bietet in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Privaten Betreuungsmöglichkeiten für nichtschulpflichtige Kinder an und kann Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder einrichten. Diese müssen für alle finanziell tragbar sein.</p> <p>835.1 Gesetz vom 9. Juni 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) (Stand 1. Januar 2020)</p> <p>Art. 1 Zweck und Ziele</p> <p>1 Das Gesetz stellt eine genügende Zahl an familienergänzenden Tagesbetreuungsplätzen sicher, dank denen Familien- und Berufsleben besser miteinander vereinbart werden können. Es gewährleistet eine gute Betreuung, die für alle finanziell tragbar ist. 2 Dazu harmonisiert es die Angebotsplanung der Betreuungsplätze, koordiniert die Tätigkeit unter den einzelnen Beteiligten und regelt die Subventionen. 3 Bei der Erfüllung der Aufgaben aus diesem Gesetz achten der Staat und die Gemeinden auf eine Umsetzung, die den regionalen Besonderheiten und dem ermittelten Betreuungsbedarf entspricht.</p> <p>Art. 2 Geltungsbereich</p> <p>Dieses Gesetz gilt für Betreuungseinrichtungen, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> eine familienergänzende Betreuung für Kinder bis zum Ende der Primarschulzeit anbieten; über eine Bewilligung im Sinne der Gesetzgebung über die Aufnahme von Kindern ausserhalb des Elternhauses verfügen oder eine entsprechende Tätigkeit angemeldet haben; Kinder tagsüber betreuen. <p>Art. 3 Vorschulische Betreuung</p> <p>Kindertagesstätten, Tagesfamilien, Spielgruppen und andere Angebote zur Frühförderung von Kindern im Vorschulalter gelten als vorschulische Betreuung.</p> <p>Art. 4 Ausserschulische Betreuung</p> <p>Einrichtungen für die Betreuung ausserhalb der Schulzeit, Tagesfamilien, Spielgruppen und andere Angebote zur Förderung von Kindern im Schulalter sowie Mittagstische und Aufgabenhilfen gelten als ausserschulische Betreuung.</p> <p>Art. 5 Koordination</p> <p>Die Betreuungszeiten für Schulkinder werden so eingerichtet, dass sie die Schulzeiten so gut wie möglich ergänzen.</p> <p>Art. 6 Gemeinden</p> <p>1 Die Gemeinden oder die Gemeindeverbände beurteilen alle 4 Jahre die Zahl und die Art der Betreuungsplätze, die zur Deckung des familienergänzenden Betreuungsbedarfs nötig sind. Sie berücksichtigen dabei sowohl die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben als auch die Aspekte der Sozialisierung und die demografische Entwicklung. 2 Die Ergebnisse der Bedarfsabklärung werden den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt. 3 Entsprechend der Bedarfsabklärung bieten die Gemeinden eine ausreichende Zahl vor- und ausserschulischer Betreuungsplätze an und unterstützen und subventionieren diese. 4 Dazu schaffen sie selber solche Einrichtungen oder schliessen mit bewilligten Betreuungseinrichtungen oder mit Dachverbänden Verträge ab. Die Verträge können alle oder nur einen Teil der anerkannten Plätze einer Einrichtung betreffen. 5 Die Gemeinden können Dritten Aufgaben übertragen.</p>
GE	<p>A2 00 Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) du 14 octobre 2012 (Etat 21 décembre 2019)</p> <p>Titre VI Tâches et finances publiques</p> <p>Chapitre III Tâches publiques</p> <p>Section 10 Accueil préscolaire et parascolaire</p> <p>Art. 204 Accueil parascolaire</p> <p>1 L'Etat est responsable de l'accueil parascolaire. 2 Les enfants qui suivent leur scolarité obligatoire dans l'enseignement public bénéficient d'un accueil à journée continue, chaque jour scolaire.</p>

C 1 10.21**[Règlement de l'enseignement primaire \(REP\) du 7 juillet 1993 \(Etat 26 août 2019\)](#)****Chapitre II Organisation de l'enseignement primaire****Art. 8B Activités parascolaires**

- 1 Selon l'article 109 de la loi sur l'instruction publique, du 17 septembre 2015, le groupement pour l'animation parascolaire, corporation de droit public, constitué du canton et des communes concernées, prend en charge les élèves de l'enseignement primaire scolarisés dans les communes membres du groupement durant les jours scolaires, à midi, l'après-midi, et selon les besoins le matin.
- 2 Les activités parascolaires de l'après-midi sont destinées aux élèves des 5 premières années de l'école primaire au moins, dont les parents désirent qu'ils soient encadrés après les heures de classe. Elles sont ouvertes chaque après-midi d'école jusqu'à 17 h 30, avec prolongement à 18 h en cas de nécessité, dans tous les bâtiments dans lesquels le nombre des demandes d'inscription le justifie.
- 3 Les activités parascolaires ont lieu si possible dans des locaux réservés spécialement à cet usage, à défaut dans des ateliers et, le cas échéant, dans des classes.
- 4 Le corps enseignant collabore au bon fonctionnement de ces activités. Il intervient auprès des parents des enfants pour lesquels la fréquentation de l'une ou l'autre de ces activités est jugée indispensable.
- 5 Les élèves inscrits aux activités parascolaires doivent les fréquenter régulièrement. Les absences doivent être excusées par écrit.
- 6 Les élèves sont confiés à des animateurs parascolaires.

Art. 8C Restaurants scolaires

Dans certaines écoles, des organismes privés ou municipaux peuvent ouvrir, avec l'accord de la direction générale de l'enseignement obligatoire, des restaurants scolaires où les enfants inscrits ont la possibilité de prendre le repas de midi. Une participation financière est demandée aux parents.

J 6 32**[Loi sur l'accueil à journée continue du 22 mars 2019 \(Etat 1^{er} juillet 2019\)](#)****Chapitre I Dispositions générales****Art. 1 Objet**

La présente loi fixe le cadre de l'accueil à journée continue pour tous les enfants qui suivent leur scolarité obligatoire dans les écoles publiques des degrés primaire et secondaire I (cycle d'orientation) du canton.

Art. 2 Définition

- 1 L'accueil à journée continue vise à offrir une prise en charge collective aux enfants en âge de scolarité obligatoire. Il s'articule en complémentarité aux horaires scolaires, le matin, à midi et en fin d'après-midi, les jours d'école.
- 2 Il a pour buts d'aider les parents à concilier vie familiale et vie professionnelle et d'offrir à chaque enfant un accueil de qualité, en contribuant à son développement harmonieux. 3 Il joue un rôle de prévention et d'intégration et a une mission éducative complémentaire à celle de la famille, de l'école et des activités périscolaires.

Art. 3 Principes

- 1 Le recours aux prestations de l'accueil à journée continue est facultatif.
- 2 Aucun enfant ne peut être exclu de l'accueil à journée continue en raison de la situation socio-économique de sa famille.
- 3 Les activités sont collectives et différencierées en fonction de l'âge des enfants. Elles tiennent compte des principes d'égalité filles-garçons, du respect d'autrui et du développement durable.
- 4 Les enfants à besoins éducatifs particuliers ou en situation de handicap doivent pouvoir bénéficier des prestations de l'accueil à journée continue. Des solutions intégratives sont préférées aux solutions séparatives dans le respect du bien-être et des possibilités de développement de chaque enfant, en tenant compte de l'environnement et de l'organisation de l'accueil à journée continue.
- 5 Les établissements scolaires faisant partie du réseau d'enseignement prioritaire bénéficient d'une prise en charge renforcée des enfants.
- 6 Dans le temps dévolu à l'accueil à journée continue, les enfants peuvent se rendre aux activités de soutien pédagogique et aux études surveillées organisées par le département de l'instruction publique, de la formation et de la jeunesse (ci-après : département).
- 7 Les enfants peuvent se rendre également aux prestations d'enseignement délégué, soit des cours de langues et culture d'origine et des enseignements artistiques de base. 8 Dans la mesure du possible, les enfants peuvent se rendre à des activités périscolaires non intégrées au dispositif.

Chapitre II Structure et organisation**Section 1 Accueil à journée continue pour les élèves du degré primaire****Art. 4 Prestations**

L'accueil à journée continue comprend, au degré primaire :

- a) l'accueil parascolaire, qui est une prestation d'encadrement collectif et d'animation hors temps scolaire;
- b) le repas de midi;
- c) la possibilité pour les enfants de réaliser leurs devoirs de manière autonome pendant le temps dévolu à l'accueil parascolaire;

	<p>d) la possibilité de participer, le cas échéant, à des activités collectives d'initiation sportive, artistique, culturelle et citoyenne.</p> <p>Art. 5 Temps d'accueil</p> <p>¹ Le matin, en cas de besoins collectifs, un accueil tel que défini à l'article 4, lettre a, peut être mis en place pour les élèves du cycle élémentaire. Cet accueil ne doit pas excéder une heure avant le début des classes.</p> <p>² A midi, les enfants bénéficient d'un accueil selon l'article 4, lettres a et b, les lundi, mardi, jeudi et vendredi.</p> <p>³ L'après-midi, les enfants bénéficient d'un accueil tel que défini à l'article 4, lettres a, c, et d, pendant au moins 2 heures après la fin des classes, les lundi, mardi, jeudi et vendredi.</p> <p>Art. 6 Organisation de l'accueil à journée continue</p> <p>1 Les communes sont responsables de l'organisation de l'accueil à journée continue pour les enfants scolarisés sur leur territoire. 2 A cette fin, elles :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) peuvent déléguer l'encadrement collectif et l'animation hors temps scolaire des enfants au Groupement intercommunal pour l'animation parascolaire (GIAP) (ci-après : groupement) institué par l'article 7 ou à d'autres entités, chargées de l'encadrement des enfants, agréées par le département; b) sont responsables de la prestation des repas de midi qu'elles peuvent confier à des mandataires; c) peuvent mandater les structures délivrant des activités prévues à l'article 4, lettre d, et collaborer dans ce cadre avec le groupement; d) fournissent les locaux nécessaires à l'organisation de l'accueil à journée continue, en concertation avec les acteurs concernés; e) informent les établissements scolaires, ainsi que les autres entités du département concernées, de l'organisation de l'accueil à journée continue et des activités offertes dans ce cadre. <p>³ Les établissements scolaires, ainsi que les autres entités du département concernées, transmettent aux communes ou au groupement les informations nécessaires pour l'organisation de l'accueil à journée continue.</p> <p>⁴ Le groupement et les autres entités chargées de l'encadrement des enfants veillent à ce que la formation de leur personnel, ainsi que le taux d'encadrement proposé, soient adaptés à l'âge des enfants, à leurs besoins et intérêts et au type d'activité.</p> <p>⁵ Le règlement d'application de la présente loi fixe les modalités d'accueil des enfants à besoins éducatifs particuliers ou en situation de handicap, ainsi que les mesures de soutien du canton et des communes au groupement ou aux entités chargées de l'encadrement des enfants. Les communes sont préalablement consultées.</p> <p>Art. 7 Groupement intercommunal pour l'animation parascolaire</p> <p>¹ Le Groupement intercommunal pour l'animation parascolaire (GIAP) est un groupement intercommunal doté de la personnalité juridique, au sens de la loi sur l'administration des communes, du 13 avril 1984, dont sont membres les communes intéressées du canton.</p> <p>² En cas de retrait d'une commune du groupement, en application de l'article 59 de la loi sur l'administration des communes, du 13 avril 1984, la commune qui se retire ne peut prétendre à aucun remboursement de sa contribution. Le groupement fixe les modalités financières du retrait, notamment pour ce qui a trait à la quote-part du sortant pour les engagements, emprunts et garanties relatifs à la prévoyance professionnelle de son personnel.</p> <p>³ Les organes du groupement sont :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) le conseil, organe supérieur, responsable de sa politique générale; b) le comité, responsable de la gestion administrative et financière, ainsi que du maintien de la qualité de la prise en charge sur le plan éducatif; c) la direction, en la personne d'un directeur général. <p>⁴ Les statuts du groupement et leurs modifications sont soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.</p> <p>Art. 8 Financement des communes</p> <p>1 Les communes membres et non-membres du groupement participent financièrement aux prestations au sens de l'article 4, lettres a à d, offertes sur leur territoire. 2 Les ressources du groupement sont constituées par :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) les participations financières des familles, conformément à l'article 9 de la présente loi; b) les contributions annuelles des communes membres, réparties entre elles selon un principe de solidarité défini par le groupement; c) les autres recettes, telles que les legs, dons et subventions. <p>3 Le groupement peut recourir à l'emprunt dans les limites de l'article 57, alinéa 2, de la loi sur l'administration des communes, du 13 avril 1984.</p> <p>Art. 9 Participation financière des familles</p> <p>¹ Les familles participent financièrement à l'accueil à journée continue.</p> <p>² Pour l'accueil parascolaire, elles peuvent bénéficier d'exonérations partielles ou totales, en fonction de leurs revenus, ainsi que d'un rabais en fonction du nombre d'enfants confiés. Les barèmes d'exonération et les rabais sont fixés par le groupement, respectivement par les communes non-membres pour les prestations qu'elles délivrent.</p> <p>³ Dans le cadre de la prestation du repas de midi prévue à l'article 4, lettre b, les familles peuvent bénéficier de rabais selon les conditions fixées par les communes.</p> <p>⁴ Pour déterminer si les familles peuvent bénéficier d'exonérations partielles ou totales, le groupement ou les communes non-membres de celui-ci sont habilités à utiliser systématiquement le numéro AVS, au sens de l'article 50e, alinéa 3, de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants, du 20 décembre 1946.</p>
--	--

	<p>Art. 10 Principes d'admission et sanctions disciplinaires</p> <p>Principes d'admission</p> <p>¹ Les parents qui désirent que leurs enfants participent aux activités parascolaires définies à l'article 4 doivent les inscrire dans les délais prescrits par le groupement, respectivement dans ceux prescrits par les communes non-membres.</p> <p>Sanctions disciplinaires</p> <p>² Tout enfant qui, dans le cadre de l'accueil parascolaire, ne se conforme pas aux instructions du personnel d'encadrement, qui perturbe les activités ou qui, par son comportement inadapté, enfreint les règles qui sont à la base de la vie sociale, fait l'objet de sanctions disciplinaires proportionnées à la faute commise. Les sanctions disciplinaires pouvant être prononcées à l'égard d'un enfant sont :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) l'exclusion provisoire jusqu'à 3 mois, par la direction du groupement, respectivement par les communes non-membres du groupement; b) l'exclusion provisoire de l'accueil pour une durée supérieure à 3 mois, mais au maximum jusqu'à la fin de l'année scolaire, par le comité du groupement, respectivement par l'exécutif communal pour les communes non membres. <p>Art. 11 Dispositions relatives au statut du personnel du groupement</p> <p>¹ Le groupement constitue l'employeur unique du personnel permanent d'animation parascolaire qui est régi par un statut qui lui est propre, fixant notamment les modalités d'engagement et de fin des rapports de service.</p> <p>² Les décisions disciplinaires suivantes peuvent être prononcées à l'encontre du membre du personnel permanent qui enfreint ses devoirs de service, soit intentionnellement, soit par négligence :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) l'avertissement; b) le blâme; c) la suspension provisoire; d) la révocation. <p>³ Le statut du personnel permanent d'animation parascolaire désigne, cas échéant sur délégation du comité du groupement, les personnes habilitées à prononcer les décisions en matière de rapports de service.</p> <p>⁴ Le personnel du groupement étant historiquement affilié à la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève, le groupement applique, par analogie, les décisions prises par le canton vis-à- vis de son personnel en lien avec les objets suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) les classes, respectivement les niveaux d'exigences, de l'échelle des traitements; b) les écarts entre le traitement minimum et maximum de chacune des classes, respectivement de chacun des niveaux d'exigences; c) l'octroi, l'octroi partiel et la suspension de l'annuité. <p>Art. 12 Communication de données</p> <p>¹ Lorsqu'elle est nécessaire à l'accomplissement des tâches prévues par la présente loi, la communication des listes de données personnelles, y compris par voie électronique, est autorisée :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) entre les différents services de l'administration cantonale, notamment du département, ainsi que ceux de l'office cantonal de la population et des migrations, et le groupement; b) entre le groupement, l'Association des communes genevoises et les communes membres du groupement; c) entre le groupement et les organismes de droit privé qui délivrent, en accord avec la commune concernée, des activités prévues à l'article 4, lettre b, de la présente loi. 2 La fourniture des listes de données personnelles au sens de l'alinéa 1 n'est pas soumise à émoluments. <p>Section 2 Accueil à journée continue pour les élèves du degré secondaire I (cycle d'orientation)</p> <p>Art. 13 Prestations</p> <p>L'accueil à journée continue au degré secondaire I comprend durant la pause de midi :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) en fonction des besoins collectifs, la possibilité pour les enfants de se restaurer et de disposer d'un accueil surveillé au sein de l'établissement scolaire ou à proximité de celui- ci; b) la possibilité pour les enfants de réaliser leurs devoirs de manière autonome. <p>Art. 14 Organisation de l'accueil à journée continue</p> <p>¹ Le canton, soit pour lui le département, est responsable de l'organisation de l'accueil à journée continue. 2 L'organisation et les modalités de l'accueil sont définies par voie réglementaire.</p> <p>³ Le département peut déléguer les prestations listées à l'article 13, lettre a, à des tiers.</p> <p>Art. 15 Financement</p> <p>¹ Le canton finance l'accueil à journée continue du degré secondaire I.</p> <p>² Les familles participent financièrement à la prestation du repas de midi définie à l'article 13, lettre a, de la présente loi. Elles peuvent bénéficier d'exonérations partielles ou totales, en fonction de leurs revenus. Les barèmes sont fixés par le département.</p> <p>Chapitre III Autorité de surveillance</p> <p>Art. 16 Rôle du canton</p> <p>¹ Le canton, soit pour lui le département, est l'autorité de surveillance de l'accueil à journée continue.</p> <p>² Le département veille à la qualité et à la diversité des prestations ainsi qu'à leur adéquation aux besoins et intérêts des enfants. 3 A cette fin, le département :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) reçoit un rapport annuel des activités de l'accueil à journée continue du groupement et des communes
--	--

	<p>non-membres de celui-ci;</p> <p>b) agréé les entités chargées de l'encadrement des enfants au sens de l'article 6, alinéa 2, lettre a.</p>
GL	<p>IV B/1/3</p> <p>Gesetz über Schule und Bildung (Bildungsgesetz) vom 6. Mai 2001 (Stand 1. August 2017)</p> <p>3. Lernende</p> <p>Art. 54 Blockzeiten und Tagesstrukturen</p> <p>1 Die Gemeinden organisieren den Unterricht im Kindergarten und auf der Primarstufe die Blockzeiten.</p> <p>2 Sie sorgen für bedarfsgerechte Tagesstrukturen für Schulpflichtige. Die Nutzung dieses Angebots ist fakultativ.</p> <p>3 Sie erheben von den Erziehungsberechtigten für die Nutzung der Tagesstrukturen einen angemessenen Kostenbeitrag.</p> <p>4 Die Aufsicht richtet sich nach den Bestimmungen des Bundes (Pflegekinderverordnung). Der Regierungsrat regelt die Übertragung der Aufsicht.</p> <p>9. Finanzielle Bestimmungen</p> <p>Art. 105 Finanzierung der Volksschule</p> <p>3 Der Kanton leistet für die Tagesstrukturen gemäss Artikel 54 Absatz 2 pauschale Beiträge. Der Landrat regelt die Bemessung der Beiträge durch Verordnung und befindet über deren Höhe mit dem Budget.</p> <p>IV B/31/1</p> <p>Verordnung über die Volksschule vom 23.12.2009 (Stand 1. August 2017)</p> <p>3. Finanzielle Bestimmungen</p> <p>Art. 22 Bemessung der Beiträge an die Tagesstrukturen für Schulpflichtige und an die Betreuung vorschulpflichtiger Kinder</p> <p>1 Der Kanton richtet jährlich für jedes betreute Kind einen pauschalen Beitrag an die Betreuungskosten aus.</p> <p>2 Die Beitragshöhe richtet sich nach dem Umfang der täglich in Anspruch genommenen Betreuung und nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten gemäss Sozialtarif.</p> <p>3 Der Landrat bestimmt auf Antrag des Regierungsrates jährlich mit dem Budget den Höchstwert einer Beitragspauschale mit Wirkung auf Beginn des folgenden Schuljahres.</p> <p>4 Der Regierungsrat legt die Abstufung der Sozialtarife fest.</p> <p>5 Von den Gesamtkosten der Tagesstrukturen für Schulpflichtige trägt jede Gemeinde einen Anteil in der Höhe von mindestens 10 Prozent.</p>
GR	<p>110.100</p> <p>Verfassung des Kantons Graubünden vom 14. September 2003 (Stand 1. Januar 2018)</p> <p>6. Öffentliche Aufgaben</p> <p>6.4. Wirtschaft</p> <p>Art. 84 Wirtschaftspolitik</p> <p>1 Kanton und Gemeinden schaffen günstige Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige und nachhaltige Wirtschaft. Sie betreiben eine aktive Wirtschaftsförderung.</p> <p>2 Sie fördern die Bestrebungen der Wirtschaft im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.</p> <p>3 Sie unterstützen Massnahmen zur beruflichen Umschulung, Weiterbildung und Wiedereingliederung sowie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.</p> <p>4 Sie treffen die Massnahmen, um die Regelungsdichte und administrative Belastung für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), so gering wie möglich zu halten.</p> <p>421.000</p> <p>Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz) vom 21. März 2012 (Stand 1. Januar 2016)</p> <p>4. Organisation der Schule</p> <p>4.2. Schulbetrieb</p> <p>Art. 26 Blockzeit</p> <p>1 Die Blockzeit gewährleistet auf der Kindergarten- und Primarstufe von Montag bis Freitag am Vormittag einen ununterbrochenen Unterricht oder eine unentgeltliche Betreuung.</p> <p>2 Auf der Kindergartenstufe beträgt die Blockzeit mindestens drei aufeinander folgende Stunden. Auf der Primarstufe beträgt die Blockzeit mindestens vier aufeinander folgende Lektionen.</p> <p>3 Der Besuch der Unterrichts- oder Betreuungsklassen innerhalb der Blockzeit ist obligatorisch.</p> <p>4 Der Besuch der betreuten Randlektionen während der Blockzeit ist freiwillig.</p> <p>Art. 27 Tagesstrukturen</p> <p>1 Die Schulträgerschaften bieten bei Bedarf weiter gehende Tagesstrukturen an.</p> <p>2 Es steht den Erziehungsberechtigten frei, die Tagesstrukturen für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen.</p> <p>3 Das Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden vom 18. Mai 2003 findet auf Angebote im Rahmen der weiter gehenden Tagesstrukturen gemäss Schulgesetzgebung sinngemäss Anwendung.</p> <p>8.2. Beiträge des Kantons und der Schulträgerschaften</p> <p>Art. 86 7. An Tagesstrukturen</p>

	<p>1 Die Beiträge des Kantons, der Schulrägerschaften und der Erziehungsberechtigten für weiter gehende Tagesstrukturen richten sich nach dem Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden vom 18. Mai 2003.</p> <p>548.300 Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden vom 18. Mai 2003 (Stand 1. August 2013)</p> <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 1 Zweck</p> <p>1 Gemeinden und Kanton fördern die familienergänzende Kinderbetreuung und leisten finanzielle Beiträge.</p> <p>Art. 2a 2. Weiter gehende Tagesstrukturen gemäss Schulgesetzgebung</p> <p>1 Werden Betreuungsangebote im Rahmen der Schulgesetzgebung von den Schulrägerschaften zur Verfügung gestellt, finden mit Ausnahme des Artikels 9 Absatz 1 Litera b, c, e und g die Bestimmungen dieses Gesetzes sinngemäss Anwendung.</p> <p>2 Weiter gehende Tagesstrukturen haben grundsätzlich den gleichen Qualitätsanforderungen wie die familienergänzende Kinderbetreuung zu genügen.</p> <p>3 Werden weiter gehende Tagesstrukturen im Rahmen der Schule bereit gestellt, kann unter Berücksichtigung der konkreten Umstände von den Vorgaben der familienergänzenden Kinderbetreuung abgewichen werden, soweit ein qualitativ ausreichendes Angebot sichergestellt werden kann.</p> <p>4 Die Gemeinden stimmen die familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote aufeinander ab.</p> <p>421.030 Verordnung über weiter gehende Tagesstrukturen (Tagesstrukturverordnung) vom 19. März 2013 (Stand 1. August 2013)</p> <p>Art. 1 Geltungsbereich</p> <p>1 Diese Verordnung findet Anwendung auf die Voraussetzungen, die Anerkennung, die Planung, die Durchführung und die Finanzierung der weiter gehenden Tagesstrukturen.</p> <p>2 Vom Geltungsbereich dieser Verordnung sind ausgeschlossen:</p> <p>a) die familienergänzende Kinderbetreuung;</p> <p>b) die Betreuung während der gesetzlich vorgeschriebenen Blockzeiten.</p> <p>Art. 6 Angebotspflicht</p> <p>1. Bedarf</p> <p>1 Besteht Bedarf an weiter gehenden Tagesstrukturen, so sind die Schulrägerschaften verpflichtet, solche anzubieten.</p> <p>2 Bedarf besteht, wenn sich pro Schulstandort Erziehungsberechtigte von mindestens acht Schülerinnen und Schülern verpflichten, eine bestimmte Betreuungseinheit für das kommende Schuljahr in Anspruch zu nehmen.</p> <p>3 Die Schulrägerschaften ermitteln den Bedarf jährlich. Sie setzen bei der Bedarfsermittlung eine Frist. Für die Angebotspflicht gelten die bis zu dieser Frist eingegangenen Anmeldungen.</p> <p>4 Die Schulrägerschaften publizieren die Betreuungsangebote und -zeiten bis spätestens zwei Monate vor Beginn des Schuljahres öffentlich.</p> <p>Art. 7 2. Zeitraum</p> <p>1 Die Angebotspflicht bei Bedarf gilt:</p> <p>a) während der Schulwochen;</p> <p>b) von Montag bis Freitag mit Ausnahme der Feiertage;</p> <p>c) von 07.30 Uhr bis 18.00 Uhr.</p> <p>421.010 Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung) vom 25. September 2012 (Stand 1. Januar 2016)</p> <p>3. Organisation der Schule</p> <p>3.2. Schulbetrieb</p> <p>Art. 24 Blockzeit</p> <p>1 Während der Blockzeit findet grundsätzlich Unterricht statt. Zudem kann die Blockzeit auch mit unterrichtsnahen Angeboten wie Aufgabenhilfe, musikalischer Grundausbildung oder zusätzlichen Sportlektionen belegt werden.</p> <p>2 Die Durchführung von unterrichtsnahen Angeboten kann auch qualifizierten Privaten übertragen werden.</p> <p>3 Das Departement kann Richtlinien zur Qualitätssicherung erlassen.</p>
JU	<p>410.11 Loi sur l'école obligatoire du 20 décembre 1990 (Etat 1er janvier 2016)</p> <p>CHAPITRE II : Organisation de l'année scolaire</p> <p>Art. 48 Horaire hebdomadaire et congés spéciaux</p> <p>1 Le Gouvernement édicte des dispositions sur le nombre de leçons hebdomadaires, sur la durée de celles-ci, sur l'organisation de l'enseignement ainsi que sur l'octroi de congés spéciaux à des écoles, à des classes ou à des élèves.</p> <p>2 Il favorise l'harmonisation des horaires scolaires des élèves entre les classes et les degrés.</p>

	<p>³ En concertation avec les communes et les autorités scolaires locales concernées, il peut autoriser la mise en place d'une organisation de l'école obligatoire selon le principe de la journée à horaire continu.</p> <p>⁴ Conformément aux dispositions fixées dans la loi sur l'action sociale, une participation financière des parents est requise pour les frais de repas et de garde.</p> <p>850.1 Loi sur l'action sociale du 15 décembre 2000 (Etat 1er janvier 2017) CHAPITRE III : Institutions SECTION 2 : Structures d'accueil de l'enfance Art. 51 Structures d'accueil L'Etat et les communes favorisent la création et l'activité des crèches, des garderies, des jardins d'enfants et des crèches à domicile.</p> <p>Art. 52 Répartition géographique, autorisation et approbation des tarifs</p> <p>¹ L'Etat veille à une répartition harmonieuse de ces institutions sur le territoire cantonal et à la qualité de leurs prestations. Leur nombre et leur capacité d'accueil font l'objet d'une planification.</p> <p>² L'ouverture d'une structure d'accueil de l'enfance requiert l'autorisation de l'Etat.</p> <p>³ Les tarifs de ces institutions sont soumis à l'approbation de l'Etat.</p> <p>853.11 Ordonnance concernant le placement d'enfants du 30 avril 2002 (Etat 1er janvier 2013) SECTION 1 : Dispositions générales But et champ d'application Article premier</p> <p>¹ La présente ordonnance vise à régler les modalités d'autorisation et de surveillance des mineurs placés hors du foyer familial.</p> <p>² Elle s'applique au placement auprès de parents nourriciers, au placement à la journée et au placement en institution de mineurs domiciliés ou séjournant dans le Canton.</p> <p>³ Les haltes-garderies et les colonies de vacances sont également soumises à la présente ordonnance.</p> <p>⁴ Les dispositions du décret concernant les institutions sociales demeurent réservées.</p>
LU	<p>1 Verfassung des Kantons Luzern (KV) vom 17. Juni 2007 (Stand 1. Juli 2014) 3 Aufgaben von Kanton und Gemeinden § 12 Grundsätze</p> <p>¹ Kanton und Gemeinden beachten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, dass Würde, Rechte und Freiheiten der Menschen geschützt werden und dass die öffentliche Ordnung gewahrt bleibt.</p> <p>² Sie achten darauf, dass die Familie als Grundgemeinschaft der Gesellschaft geschützt und in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative gefördert wird, insbesondere durch finanzielle Ausgleichsleistungen und familienergänzende Kinderbetreuung.</p> <p>³ Sie achten darauf, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden und dass die wirtschaftliche Entwicklung allen dient.</p> <p>400a Gesetz über die Volksschulbildung vom 22. März 1999 (Stand 1. Januar 2020) 7 Organisation § 30 Trägerschaft</p> <p>¹ Das kantonale Volksschulangebot umfasst die Sonderschulung und die Berufsberatung.</p> <p>² Das kommunale Volksschulangebot umfasst die obligatorisch und fakultativ zu besuchende Volksschule mit dem zweijährigen Kindergartenangebot oder der Basisstufe, die Förderangebote, die schulischen Dienste ohne die Berufsberatung sowie die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen.</p> <p>³ Der Kanton erbringt das kantonale Volksschulangebot als Träger selber oder durch öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dritte.</p> <p>⁴ Die Gemeinden erbringen das kommunale Volksschulangebot als Trägerinnen selber oder durch den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden; sie können es an öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dritte als Leistungserbringer übertragen.</p> <p>⁵ Der Kantonsrat kann durch Dekret neue Sonderschulen errichten und bestehende aufheben.</p> <p>§ 36 Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen</p> <p>¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass den Lernenden bedarfsgerecht schul- und familienergänzende Tagesstrukturen zur Verfügung stehen. Die Erziehungsberichtigen haben sich an den entstehenden Kosten zu beteiligen.</p> <p>² Für die regionalen Schulzentren regeln die Standortgemeinden die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen.</p> <p>15. Schlussbestimmungen § 67 Übergangsbestimmungen</p> <p>¹ Insoweit und solange neue Vollzugsverordnungen und Reglemente nicht erlassen sind, gelten die bisherigen</p>

	<p>Erlasse als Vollzugsbestimmungen, sofern sie diesem Gesetz nicht widersprechen.</p> <p>2 - 4 ...</p> <p>5 Die Gemeinden haben das zweijährige Kindergartenangebot innert fünf Jahren seit Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes vom 24. Januar 2011 zu realisieren.</p> <p>405</p> <p>Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung (Volksschulbildungsverordnung, VBV) vom 16. Dezember 2008 (Stand 1. Januar 2020)</p> <p>2. Betriebliche Bestimmungen</p> <p>§ 14 Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen</p> <p>1 Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen sind Angebote, welche die Betreuung der Lernenden während der Schulzeiten ab dem Eintritt in die Volksschule als Ergänzung zum Unterricht und zur Betreuung durch die Familien sicherstellen.</p> <p>2 Sie umfassen folgende Betreuungselemente:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Betreuungselement I: Ankunftszeit vor dem Unterricht am Morgen (ab 7.00 Uhr), – Betreuungselement II: Mittagsverpflegung, Ruhezeit/Bewegungszeit, – Betreuungselement III: 13.30–15.30 Uhr (inkl. Unterstützung bei den Hausaufgaben), – Betreuungselement IV: 15.30–18.00 Uhr (inkl. Unterstützung bei den Hausaufgaben). <p>Die Zeiten der vier Betreuungselemente können von den Gemeinden an die Stundenpläne ihrer Schulen angepasst werden.</p> <p>3 Die Gemeinden erheben den Bedarf an schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen einmal pro Jahr und stellen gestützt auf die Bedarfserhebung entsprechende Angebote zur Verfügung.</p> <p>4 Die Gemeinden können die Angebote selbst oder mit anderen Gemeinden erbringen oder durch Private erbringen lassen.</p>
NE	<p>400.1</p> <p>Loi sur l'accueil des enfants (LAE) du 28 septembre 2010 (Etat au 1er janvier 2020)</p> <p>CHAPITRE PREMIER</p> <p>Dispositions générales</p> <p>But</p> <p>Article premier</p> <p>La présente loi a pour but :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) de développer l'accueil extrafamilial des enfants de leur naissance jusqu'à la fin du second cycle scolaire ; b) de garantir la qualité et l'universalité de l'accueil extrafamilial ; c) d'encourager le développement de l'accueil extrafamilial d'enfants à besoins spécifiques et la garde d'enfants malades ; d) d'encourager le développement d'accueil familial de jour ; e) d'encourager le développement préscolaire et parascolaire, de sorte à atteindre un taux de couverture cantonal d'au moins 30% pour l'accueil préscolaire et d'au moins 20% pour l'accueil parascolaire ; f) de régler les modes de financement de l'accueil des enfants par l'Etat, les communes, les employeurs et les représentants légaux. <p>Champ d'application</p> <p>Art.2</p> <p>La présente loi est applicable à toutes les structures d'accueil extrafamilial à but non lucratif, qu'elles soient publiques ou privées, et qui :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) sont autorisées à exercer une activité, conformément à la législation fédérale sur le placement d'enfants hors du milieu familial ; b) sont ouvertes à tous les enfants, sans discrimination, dans la mesure où elles sont équipées pour leur fournir un encadrement adéquat ; c) bénéficient des subventions au sens de la présente loi. <p>Définitions</p> <p>Art. 3</p> <p>Dans la présente loi, on entend par</p> <ul style="list-style-type: none"> a) <i>structures d'accueil préscolaire</i> : les institutions qui accueillent les enfants de leur naissance jusqu'à leur scolarisation ; b) <i>structures d'accueil parascolaire</i> : les institutions qui accueillent les enfants, dès leur scolarisation et jusqu'à la fin du second cycle scolaire, en dehors des horaires scolaires ; c) <i>structures d'accueil familial de jour</i> : les organismes qui coordonnent l'accueil familial de jour ; d) <i>taux de couverture</i> : le nombre de places d'accueil offertes pour 100 enfants pour la classe d'âge concernée ; e) <i>prix coûtant brut</i> : ensemble des charges d'exploitation journalières reconnues par l'autorité ; valant référence maximale cantonale ; f) <i>prix de référence de facturation</i> : base pour la détermination de la participation des représentants légaux au coût de l'accueil ; g) <i>prix coûtant net</i> : ensemble des charges d'exploitation journalières reconnues par l'autorité, pour chaque structure d'accueil extrafamilial, réduites de la participation du fonds pour les structures d'accueil

	extrafamilial.
NW	<p>312.1 Gesetz über die Volksschule (Volksschulgesetz, VSG) vom 17. April 2002 (Stand 1. Januar 2020)</p> <p>II. GEMEINDE SCHULEN C. Schulbetrieb 9. Tagesschulen Art. 50 Trägerschaft 1 Die Gemeinden fördern familienunterstützende Tagesstrukturen; sie können insbesondere Tagesschulen und eine ausserschulische Betreuung von Schülerinnen und Schülern einrichten. 2 Sie können private Institutionen zu diesem Zweck mit Beiträgen unterstützen. Art. 51 Kosten 1 Für Betreuungsangebote der Gemeinden werden von den Eltern Beiträge erhoben. 2 Die Stimmberchtigten legen deren Höhe in einem Reglement fest.</p>
OW	<p>410.1 Bildungsgesetz vom 16. März 2006 (Stand 1. Januar 2020) 2. Stufenübergreifende Bestimmungen 2.1. Allgemeines Art. 12 Schulergänzende Tagesstrukturen und Angebote 1 Kanton und Einwohnergemeinde fördern schulergänzende Tagesstrukturen und entsprechende Angebote. 2 Zu den schulergänzenden Tagesstrukturen zählen die Betreuung vor der Schule, ein betreuter Mittagstisch und betreutes Lernen nach der Schule. 3 Die Einwohnergemeinde kann schulergänzende Tagesstrukturen einrichten oder private Institutionen mit der Führung beauftragen. 4 Von den Erziehungsberechtigten werden Beiträge für Verpflegung und Betreuung erhoben. Die Einkommensverhältnisse sowie der Schulweg sind bei der Tarifgestaltung zu berücksichtigen. Art. 16 Ergänzende Bestimmungen 1 Der Kantonsrat regelt die Einzelheiten über die Integrations- und Förderangebote für Fremdsprachige, die schulergänzenden Tagesstrukturen und Angebote, das Schuljahr und die Schulferien sowie den Leistungsauftrag und das Globalbudget durch Verordnung. 2.10. Kostentragung und Beiträge Art. 52 Beiträge des Kantons 1 Der Kanton kann der Einwohnergemeinde Beiträge zur Förderung und Koordination der Schulentwicklung leisten. 2 Der Kanton kann Beiträge an die schulergänzenden Tagesstrukturen und Angebote leisten. Der Kantonsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung.</p> <p>412.11 Volksschulverordnung vom 16. März 2006 (Stand 1. August 2019) 1. Stufenübergreifende Bestimmungen Art. 4 Schulergänzende Tagesstrukturen und Angebote 1 Die Einwohnergemeinde erhebt mit geeigneten Mitteln den Bedarf an schulergänzenden Tagesstrukturen und entsprechenden Angeboten. 2 Der Einwohnergemeinderat legt die Höhe der Beiträge der Erziehungsberechtigten in einem Reglement fest, sofern die Einwohnergemeinde die schulergänzenden Tagesstrukturen selber anbietet. 3 Für die Führung von schulergänzenden Tagesstrukturen stellt die Einwohnergemeinde ihre vorhandene Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung und trägt die diesbezüglichen Betriebskosten. 4 Überträgt die Einwohnergemeinde die Führung von schulergänzenden Tagesstrukturen einer privaten Institution, so schliesst sie mit dieser eine Leistungsvereinbarung ab.</p>
SG	<p>111.1 Verfassung des Kantons St. Gallen vom 10. Juni 2001 (Stand 1. Januar 2011) III. Staatsziele Art. 13. Schutz der Familie 1 Der Staat setzt sich zum Ziel, die Familie zu schützen und zu fördern. 2 Er fördert insbesondere geeignete Bedingungen für die Kinderbetreuung.</p> <p>213.1 Volksschulgesetz vom 13. Januar 1983 (Stand 1. August 2019) III. Schule 2. Schulorganisation und Unterricht Art. 19bis. Mittagstisch 1 Die Schulgemeinde bietet den Schülerinnen und Schülern über Mittag bedarfsgerecht eine gesunde Verpflegung oder einen Aufenthaltsraum an, in dem diese eine mitgebrachte Verpflegung einnehmen können, soweit nicht die politische Gemeinde diese Aufgabe erfüllt. 2 Der Schulrat kann von den Eltern einen Beitrag an die Kosten verlangen.</p>

	<p>Art. 20. Zusätzliche Angebote</p> <p>1 Die Schulgemeinde sorgt für:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) den Transport von Schülerinnen und Schülern mit unzumutbarem Schulweg. Hat die politische Gemeinde oder die Schulgemeinde einen Mittagstisch eingerichtet, besteht kein Anspruch auf einen Transport vor dem Mittag nach Hause und nach dem Mittag zur Schule zurück; b) ... c) die Betreuung der Schülerinnen und der Schüler während Mittagstisch und Wartezeiten. <p>4. Schulische Dienste</p> <p>Art. 41 Aufgabenhilfe</p> <p>1 Die Schulgemeinde richtet bei Bedarf eine Aufgabenhilfe ein. Sie kann mit privaten Organisationen zusammenarbeiten.</p> <p>2 Die Benützung der Aufgabenhilfe ist freiwillig. Der Schulrat regelt die Kostenbeteiligung der Eltern.</p>
SH	<p>410.110 Schuldekret vom 27. April 1981 (Stand 1. August 2019)</p> <p>I Grundsätzliche Bestimmungen</p> <p>§ 2a</p> <p>1 An der Primarschule werden die Schüler an allen Vormittagen während mindestens vier Lektionen unterrichtet. Diese vier Lektionen sind im Stundenplan in den Zeitraum zwischen 08.00 und 12.00 Uhr zu legen.</p> <p>3 Innerhalb einer Gemeinde gelten für den Kindergarten und die Primarschule die gleichen Unterrichtszeiten.</p> <p>410.110 Schulgesetz vom 27. April 1981 (Stand 1. August 2019)</p> <p>I. Grundsätzliche Bestimmungen</p> <p>Art. 5a Schulergänzende Tagesstrukturen</p> <p>1 Die Gemeinden können Schülern der Primarstufe und der Sekundarstufe I bedarfsgerechte schulergänzende Tagesstrukturen zur Verfügung stellen.</p> <p>2 Die Gemeinden können private Institutionen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen mit der Führung von Tagesstrukturen beauftragen.</p> <p>3 Die Tagesstrukturangebote sind auf den Stundenplan ausgerichtet und modular aufgebaut.</p> <p>4 Die Nutzung des Tagesstrukturangebotes ist für die Erziehungsberechtigten freiwillig.</p> <p>5 Der Regierungsrat legt auf Antrag des Erziehungsrates die Vorgaben betreffend die schulergänzenden Tagesstrukturen in einer Verordnung fest.</p> <p>VI. Die Schullasten</p> <p>Art. 92a Finanzierung der Schulergänzenden Tagesstrukturen</p> <p>1 Die Gemeinden tragen die Kosten der schulergänzenden Tagesstrukturen.</p> <p>2 Die Erziehungsberechtigten haben sich an den Kosten zu beteiligen.</p> <p>3 Der Kanton beteiligt sich an den Betreuungskosten in Form von Pauschalen pro Schüler, pro Tag und Angebot, sofern die kantonalen Vorgaben eingehalten sind.</p> <p>4 Der Regierungsrat legt die Modalitäten zur Berechnung der Pauschalen auf Antrag des Erziehungsrates in einer Verordnung fest.</p> <p>Die Berechnung der Pauschalen erfolgt auf der Grundlage der folgenden Kostenverteilung:</p> <p>a) Beitrag Gemeinde und Erziehungsberechtigte: drei Viertel;</p> <p>b) Beitrag Kanton: ein Viertel.</p> <p>5 Die Gemeinden sind frei in der Tarifgestaltung. Die finanziellen Verhältnisse der Erziehungsberechtigten können dabei berücksichtigt werden.</p> <p>410.102 Verordnung betreffend die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an schulergänzende Tagesstrukturen (Tagesstrukturverordnung) vom 27. November 2018 (Stand 1. Februar 2019)</p> <p>I. Allgemeines</p> <p>§ 1 Gegenstand und Geltungsbereich</p> <p>1 Diese Verordnung gilt für alle schulergänzenden Tagesstrukturen gemäss § 2 Abs. 2 dieser Verordnung, welche Kantonsbeiträge beantragen oder erhalten.</p> <p>2 Sie regelt:</p> <p>a) die Formen der schulergänzenden Tagesstrukturen;</p> <p>b) die Rahmenbedingungen für schulergänzende Tagesstrukturangebote;</p> <p>c) die beitragsberechtigten Betreuungsmodule;</p> <p>d) die Beitragspauschalen und die massgebenden Annahmen für die Finanzierung;</p> <p>e) das Bewilligungsverfahren und den Abrechnungsmodus;</p> <p>f) die Verantwortung und Aufsicht;</p> <p>g) die Rechtspflege.</p> <p>§ 2 Schulergänzende Tagesstrukturen</p> <p>1 Schulergänzende Tagesstrukturen sind Angebote, welche die Betreuung von Schülerinnen und Schülern der Primarstufe und der Sekundarstufe I als Ergänzung zum Unterricht und zur Betreuung durch die</p>

	<p>Erziehungsberechtigten sicherstellen.</p> <p>2 Als schulergänzende Tagesstrukturen im Sinne dieser Verordnung gelten insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> Kindertagesstätten und Horte; Modulare Tagesstrukturangebote (insb. Mittagstische); Tagesschulen. <p>3 Keine schulergänzenden Tagesstrukturen im Sinne dieser Verordnung sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> Betreuungsangebote für Kinder, welche noch nicht schulpflichtig sind; Sonderschulen; Tagesfamilien.
	<p>II. Rahmenbedingungen für den Anspruch auf Kantonsbeiträge</p>
	<p>§ 3 Anforderungen an die schulergänzenden Tagesstrukturen</p> <p>1 Die Angebote der schulergänzenden Tagesstrukturen sind grundsätzlich schulnah zu erbringen. Ist der Weg zwischen der Schule und der Tagesstruktur bzw. zwischen der Tagesstruktur und dem Wohnort des Schülers bzw. der Schülerin nicht zumutbar, hat die Gemeinde einen Transport sicherzustellen.</p> <p>2 Die schulergänzenden Tagesstrukturen müssen politisch und konfessionell neutral sein.</p> <p>3 Beauftragt die Gemeinde eine private Institution mit der Führung von schulergänzenden Tagesstrukturen, hat sie dem Kanton die Leistungsvereinbarung zusammen mit dem Beitragsgesuch zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die Gemeinde bleibt gegenüber dem Kanton verantwortlich.</p>
	<p>§ 4 Betriebsbewilligung</p> <p>1 Für die schulergänzende Tagesstruktur muss eine Betriebsbewilligung gemäss kantonaler Pflegekinderverordnung¹⁾ vorliegen. Das Bewilligungsgesuch muss spätestens mit dem Beitragsgesuch beim Kanton eingereicht werden.</p> <p>2 Im Übrigen gilt die kantonale Pflegekinderverordnung.</p>
	<p>III. Kantonsbeitrag</p> <p>§ 5</p> <p>Beitragsberechtigte Betreuungsmodule</p> <p>1 Folgende Betreuungsmodule erhalten Kantonsbeiträge:</p> <ol style="list-style-type: none"> Frühbetreuung: ab 06:45 Uhr bis 08:30 Uhr oder bis zum regulären Schulbeginn; Vormittagsbetreuung: ab 06:45 Uhr bis 11:45 Uhr oder bis zur Mittagsbetreuung; Mittagsbetreuung: ab 11:45 Uhr bis 13:45 Uhr; es ist ein Mittag- essen anzubieten; Nachmittagsbetreuung: ab 13:45 Uhr oder anschliessend an die Mittagsbetreuung bis 18:30 Uhr; Spätnachmittagsbetreuung: ab 15:30 Uhr bis 18:30 Uhr. <p>2 Die Zeiten der Betreuungsmodule können unter Vorbehalt von Abs. 3 von den Gemeinden an die Stundenpläne ihrer Schulen angepasst werden.</p> <p>3 Die Anfangszeit der Früh- bzw. Vormittagsbetreuung sowie die Endzeit der Nachmittags- bzw. Spätnachmittagsbetreuung sind Mindestvorschriften. Die Gemeinden können längere Öffnungszeiten vorsehen.</p>
	<p>§ 6 Beitragspauschalen</p> <p>1 Pro Betreuungsmodul, welches die Voraussetzungen erfüllt, wird vom Kanton eine Beitragspauschale pro Schüler bzw. Schülerin entrichtet.</p> <p>2 Folgende Pauschalen werden pro Betreuungsmodul pro Schüler bzw. Schülerin pro Tag ausgerichtet:</p> <ol style="list-style-type: none"> Frühbetreuung: Fr. 2.15; Vormittagsbetreuung: Fr. 6.20; Mittagsbetreuung: Fr. 2.50; Nachmittagsbetreuung: Fr. 5.90; Spätnachmittagsbetreuung: Fr. 3.75. <p>3 Die den Beitragspauschalen zugrunde liegenden Berechnungsansätze sind im Anhang festgehalten. Sie sind periodisch, jedoch spätestens alle fünf Jahre, durch den Regierungsrat zu überprüfen und falls notwendig anzupassen.</p>
	<p>§ 7 Beitragsgesuch</p> <p>1 Die Gemeinde hat das Beitragsgesuch bei der Dienststelle Sport, Familie und Jugend des Erziehungsdepartementes einzureichen. Diese entscheidet über das Gesuch. Die Bewilligung kann mit Auflagen oder Bedingungen verknüpft werden.</p> <p>2 Kantonsbeiträge werden ab dem Zeitpunkt der Bewilligung ausgerichtet. Beiträge können nicht rückwirkend geltend gemacht werden.</p>
	<p>§ 8 Abrechnungsmodus</p> <p>1 Die Gemeinde stellt dem Kanton quartalsweise eine Rechnung über die kantonale Schulverwaltungssoftware. Die Rechnung ist von der beauftragten Fachperson der Dienststelle Sport, Familie und Jugend zu visieren.</p> <p>2 Die Gemeinde teilt im Beitragsgesuch mit, ob die quartalsweise Rechnungsstellung per Kalenderjahr oder Schuljahr erfolgt. Unterschiedliche Rechnungsjahre innerhalb einer Gemeinde sind unzulässig.</p> <p>3 In der Rechnung sind pro Betreuungsmodul pro Tag die Anzahl Schüler und Schülerinnen sowie deren Vor-, Nachname und die Wohnsitzgemeinde auszuweisen. Massgebend sind die gebuchten bzw. die den</p>

	<p>Erziehungsberechtigten verrechneten Betreuungsmodule.</p> <p>IV. Verantwortung und Aufsicht</p> <p>§ 9 Verantwortung und Meldepflicht</p> <p>1 Die Verantwortung für die beitragsberechtigten Tagesstrukturen trägt die Gemeinde.</p> <p>2 Die Gemeinde ist verpflichtet, Angebotsänderungen mit Auswirkungen auf den Kantonsbeitrag der Dienststelle Sport, Familie und Jugend unverzüglich zu melden.</p> <p>§ 10 Aufsicht</p> <p>1 Für die Aufsicht der beitragsberechtigten Tagesstrukturen ist die Dienststelle Sport, Familie und Jugend zuständig.</p> <p>2 Die von der Dienststelle Sport, Familie und Jugend beauftragte Fachperson besucht, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Abteilung Schulentwicklung und Aufsicht, die Tagesstruktur mindestens alle zwei Jahre. Sie überprüft, ob die Voraussetzungen für die Kantonsbeiträge erfüllt sind und die allenfalls damit verbundenen Auflagen und Bedingungen eingehalten werden.</p>
SO	<p>831.1</p> <p>Sozialgesetz (SG) vom 31. Januar 2007 (Stand 1. Januar 2020)</p> <p>4. Unterstützung und Hilfe in Lebens- und Problemlagen</p> <p>4.1. Familie, Kinder, Jugend und Alter</p> <p>4.1.1. Familie und Kinder</p> <p>§ 107 Förderung familienergänzender Betreuungsangebote</p> <p>1 Die Gemeinden fördern familienergänzende Betreuungsangebote, indem sie insbesondere Hilfe leisten:</p> <p>a) für familien- und schulergänzende Betreuungsangebote, wie Tagesschulen, Mittagstische, Aufgabenhilfe;</p> <p>b) für familienergänzende Betreuungsangebote wie Spielgruppen, Kinderhorte und Kindertagesstätten.</p> <p>413.121.1</p> <p>Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz vom 5. Mai 1970 (Stand 1. November 2018)</p> <p>1. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 12 Tagesschule</p> <p>1 Wo ein grosser Teil der Schüler weite Schulwege zurückzulegen hat und die Mittagsverpflegung in der Schule eingenommen werden kann, bleibt eine besondere zeitliche Regelung des Schultages vorbehalten.</p>
SZ	<p>100.100</p> <p>Verfassung des Kantons Schwyz vom 24. November 2010 (Stand 4. März 2018)</p> <p>III. Ausrichtung der Staatstätigkeit</p> <p>B. Einzelne Staatstätigkeiten</p> <p>§ 15 Familie</p> <p>1 Der Staat fördert die Familie als Gemeinschaft von Erwachsenen und Kindern.</p> <p>2 Er schafft gute Voraussetzungen für die Betreuung der Kinder in und ausserhalb der Familie.</p> <p>611.210</p> <p>Volksschulgesetz (VSG) vom 19. Oktober 2005 (Stand 1. Januar 2014)</p> <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 8 Unentgeltlichkeit</p> <p>1 Der Unterricht an der öffentlichen Volksschule ist unentgeltlich.</p> <p>2 Lehrmittel und allgemeines Schulmaterial werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Für Schulreisen, Exkursionen, Klassenlager, Verpflegung in der Schule usw. können von den Erziehungsberechtigten angemessene Beiträge erhoben werden.</p> <p>3 Wo den Schülerinnen und Schülern der Schulweg nicht zugemutet werden kann, sorgen die Schulträger auf eigene Kosten für eine angemessene Fahrgelegenheit.</p> <p>4 Wenn es die Umstände erfordern, sorgen die Schulträger für die Mittagsverpflegung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler. Die Schulträger beteiligen sich an den Kosten.</p> <p>II. Öffentliche Volksschule</p> <p>B. Ergänzende Schulangebote</p> <p>§ 19 Tagesstrukturen</p> <p>1 Die Schulträger können einen Mittagstisch oder weitere familienunterstützende Tagesstrukturen anbieten oder entsprechende Angebote privater Institutionen mit Beiträgen unterstützen.</p> <p>2 Für die Benützung dieser Angebote sind von den Erziehungsberechtigten angemessene Beiträge zu erheben.</p>
TG	<p>411.11</p> <p>Gesetz über die Volksschule vom 29. August 2007 (Stand 1. August 2019)</p> <p>II. Schulorganisation</p> <p>§ 17 Tagesschulstrukturen</p> <p>Bei Bedarf können Schulen mit besonderer Unterrichtszeit, mit Betreuung und gemeinschaftlicher Verpflegung eingerichtet werden.</p>

	<p>861.1 Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 11. August 2004 (Stand 1. Januar 2005)</p> <p>§1 Zweck</p> <p>1 Das Gesetz bezieht sich auf die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung.</p> <p>2 Die Förderung dient der Unterstützung der Erziehungsberechtigten bei der Betreuung ihrer Kinder während der üblichen Arbeitszeiten und dauert bis zum Abschluss der Volksschule.</p> <p>§ 2 Angebote</p> <p>Das Gesetz gilt für folgende Angebote:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kinderkrippe; 2. Kinderhort; 3. Tagesfamilie; 4. Tageskindergarten; 5. Tagesschule; 6. Mittagstisch; 7. Randzeitenbetreuung. <p>§ 3 Erhebung</p> <p>Die Politischen Gemeinden stellen die Erhebung von Angebot und Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung sicher.</p> <p>§ 4 Förderung</p> <p>1 Die Politischen Gemeinden fördern bei Bedarf die Schaffung und den Betrieb angemessener Angebote. Sie können hierzu Verträge abschliessen.</p> <p>2 Die Förderung umfasst namentlich:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Finanzielle Beiträge; 2. Initiiieren von Angeboten; 3. Unterstützung bei der Planung; 4. Beratung von Angebotsträgern und Erziehungsberechtigten. <p>3 Die Förderung kann Angebote und Aktivitäten innerhalb oder ausserhalb des Gemeindegebiets umfassen.</p> <p>§ 6 Zusammenarbeit mit den Schulgemeinden</p> <p>1 Politische Gemeinden und Schulgemeinden arbeiten zusammen.</p> <p>2 Bei gemeindeeigenen Tagesschulen und Tageskindergärten tragen die Schulgemeinden die Kosten für den Unterrichtsbetrieb.</p> <p>3 Die Schulgemeinden erbringen im Rahmen ihrer Möglichkeiten weitere Leistungen.</p>
TI	<p>411.100 Legge sulla scuola dell'infanzia e sulla scuola elementare del 7 febbraio 1996 (Stato del 1 agosto 2019)</p> <p>TITOLO IV</p> <p>Servizi scolastici</p> <p>Capitolo I</p> <p>Servizi educativi</p> <p>Doposcuola</p> <p>Art. 34</p> <p>1 Il doposcuola è un servizio educativo parascolastico aperto agli allievi delle scuole elementari al di fuori delle ore di lezione o del calendario scolastico.</p> <p>2 Per rispondere a particolari esigenze degli allievi o delle famiglie, il Municipio istituisce il doposcuola.</p> <p>3 Le spese sono a carico del comune. Può essere richiesta la partecipazione delle famiglie.</p> <p>Scuola dell'infanzia a orario prolungato</p> <p>Art. 35</p> <p>1 La scuola dell'infanzia a orario prolungato è un servizio socio-educativo al di fuori delle ore di lezione o del calendario scolastico.</p> <p>2 Per rispondere a particolari esigenze dei bambini o delle famiglie, il Municipio istituisce sezioni di scuola dell'infanzia a orario prolungato.</p> <p>3 Le spese sono a carico del comune. Può essere richiesta la partecipazione delle famiglie.</p> <p>412.100 Legge sulla scuola media del 21 ottobre 1974 (Stato del 1 luglio 2015)</p> <p>Doposcuola</p> <p>Art. 28a</p> <p>1 Il doposcuola è un servizio educativo parascolastico aperto agli allievi delle scuole medie al di fuori delle ore di lezione o del calendario scolastico.</p> <p>2 Per rispondere a particolari esigenze degli allievi o delle famiglie, la direzione dell'istituto organizza il doposcuola.</p> <p>3 Le spese sono a carico del Cantone; può essere richiesta la partecipazione delle famiglie.</p> <p>Refezione scolastica</p> <p>Art. 28b</p> <p>1 Il Cantone assicura la refezione degli allievi di scuola media impossibilitati a rincasare a mezzogiorno.</p>

	<p>² Il costo dei pasti è stabilito dal Consiglio di Stato in maniera uniforme per tutte le sedi ed è a carico delle famiglie.</p> <p>874.100 Legge sul sostegno alle attività delle famiglie e di protezione dei minorenni (Legge per le famiglie) del 15 settembre 2003 (Stato del 1 gennaio 2019)</p> <p>TITOLO III Prestazioni Capitolo I Attività di sostegno alle famiglie A. Attività di accoglienza complementari alle famiglie e alla scuola I. Definizione Art. 7</p> <p>1 Sono attività di accoglienza complementari alle famiglie e alla scuola: a) gli affidamenti durante il giorno presso i nidi dell'infanzia e i micro-nidi (nidi-famiglia) che accolgono di regola bambini fino ai 3 anni; b) gli affidamenti presso famiglie diurne coordinati da enti privati riconosciuti; c) gli affidamenti presso centri che organizzano attività extrascolastiche, regolarmente durante tutto l'anno civile che coprono cumulativamente tutti i momenti della giornata al di fuori dell'orario e del periodo scolastico e che si indirizzano prevalentemente a minorenni di età inferiore ai 15 anni.</p> <p>2 Queste attività sono di regola finalizzate a sostenere i genitori nel conciliare famiglia e lavoro o formazione; in casi particolari possono essere finalizzate al perseguitamento di altri scopi di carattere sociale.</p> <p>3 Restano riservate le attività promosse dai servizi educativi e organizzativi previsti dalla legislazione scolastica e le colonie di vacanza ai sensi della Legge sul promovimento e il coordinamento delle colonie di vacanza.</p>
UR	<p>10.1111 Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 2. März 19971 (Stand 1. August 2016)</p> <p>7. Kapitel: MASSNAHMEN ZUR ERLEICHTERUNG DER AUSBILDUNG Artikel 40 Transport, Verpflegung und Unterkunft Die Gemeinden sorgen für den Transport, die Verpflegung und die Unterkunft von Schülerinnen und Schülern mit weitem oder gefährlichem Schulweg.</p> <p>10.1115 Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung) vom 22. April 1998 (Stand 1. August 2016)</p> <p>5. Kapitel: ORGANISATION DER SCHULE 2. Abschnitt: Schulbetrieb Artikel 28a Betreute Hausaufgabenzeit 1 Die Schulen können zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler eine betreute Hausaufgabenzeit einrichten. 2 Die Einrichtung bedarf eines Beschlusses des zuständigen Schulträgers. 3 Die Benutzung des Angebots ist freiwillig und unentgeltlich.</p>
VD	<p>101.01 Constitution du Canton de Vaud (Cst-VD) du 14 avril 2003 (Etat 9 juin 2013)</p> <p>TITRE III TÂCHES ET RESPONSABILITÉ DE L'ÉTAT ET DES COMMUNES Chapitre VII Politique sociale et santé publique Art. 63 Familles</p> <p>1 L'Etat fixe les prestations minimales en matière d'allocations familiales et veille à ce que chaque famille puisse en bénéficier.</p> <p>2 En collaboration avec les partenaires privés, l'Etat et les communes organisent un accueil préscolaire et parascolaire des enfants.</p> <p>3 L'Etat organise la protection de l'enfance, de la jeunesse et des personnes dépendantes.</p> <p>Art. 63a Ecole à journée continue</p> <p>1 En collaboration avec l'Etat et les partenaires privés, les communes organisent un accueil parascolaire surveillé, facultatif pour les familles, sous forme d'école à journée continue dans les locaux scolaires ou à proximité, pendant toute la durée de la scolarité obligatoire.</p> <p>2 L'accueil peut être confié à des organismes privés.</p> <p>3 Les conditions de l'accueil parascolaire sont fixées par les communes.</p> <p>4 Les parents participent au financement de l'accueil parascolaire.</p> <p>211.22 Loi sur l'accueil de jour des enfants (LAJE) du 20 juin 2006 (Etat 1er janvier 2018)</p> <p>Titre I</p>

	<p>Champ d'application, objets et définitions</p> <p>Art. 1 Objets</p> <p>1 La présente loi a pour buts :</p> <ul style="list-style-type: none"> a. de tendre, sur tout le territoire du canton, à une offre suffisante en places d'accueil, accessibles financièrement, permettant aux parents de concilier vie familiale et vie professionnelle ; b. d'assurer la qualité de l'ensemble des milieux d'accueil de jour des enfants, préscolaire et parascolaire, familial et collectif ; c. d'organiser le financement de l'accueil de jour des enfants ; d. d'instituer la Fondation pour l'accueil de jour des enfants, ci-après : la Fondation, sous forme d'une fondation de droit public <p>Art. 2 Définitions</p> <p>1 Dans la présente loi, on entend par :</p> <ul style="list-style-type: none"> – enfant : tout être humain de la naissance jusqu'à la fin du degré primaire ; – jeune : tout être humain suivant un enseignement du degré secondaire I ; – accueil collectif préscolaire : accueil régulier dans la journée, dans une institution, de plusieurs enfants n'ayant pas atteint l'âge de la scolarité obligatoire ; – accueil collectif parascolaire primaire : accueil régulier dans la journée en dehors du temps scolaire dans une institution, de plusieurs enfants suivant un enseignement primaire (de la 1ère à la 8ème année primaire). Cet accueil peut être étendu à des périodes de vacances scolaires. L'accueil comprend les déplacements entre l'établissement scolaire et l'institution d'accueil parascolaire primaire ; – accueil familial de jour : prise en charge d'enfants par toute personne qui accueille dans son foyer, à la journée (à temps partiel ou à temps plein) et contre rémunération, régulièrement et de manière durable, des enfants ; – référentiel de compétences : directive relative aux titres et qualifications demandés aux personnes travaillant dans le cadre de l'accueil de jour des enfants ; – cadre de référence : directive concernant notamment les taux d'encadrement des enfants, les infrastructures et le projet pédagogique ; – structure de coordination d'accueil familial de jour : toute structure chargée de coordonner, de gérer, de développer et d'animer des activités dans le cadre de l'accueil familial de jour ; – réseau d'accueil de jour : toute structure, reconnue par la Fondation, regroupant des collectivités publiques, des partenaires privés, des structures d'accueil collectif préscolaire, des structures d'accueil parascolaire primaire et des structures de coordination d'accueil familial de jour s'occupant de l'accueil de jour ; – accueil d'urgence : prise en charge particulière, notamment sous forme d'accueil de jour collectif ou familial, d'enfants malades ou d'enfants en cas d'empêchement imprévisible des parents ; cette prise en charge peut aussi se faire au domicile de l'enfant par du personnel d'une institution ou d'un organisme reconnus. <p>Art. 3 Champ d'application</p> <p>1 La présente loi s'applique :</p> <ul style="list-style-type: none"> a. à l'accueil collectif préscolaire ; b. à l'accueil collectif parascolaire primaire et secondaire ; c. à l'accueil familial de jour ; d. aux réseaux d'accueil de jour.
VS_ f	<p>850.4</p> <p>Loi en faveur de la jeunesse du 11 mai 2000 (Etat 1er octobre 2014)</p> <p>Chapitre 5: Protection</p> <p>Section 2: Placements</p> <p>a) Enfants placés à la journée</p> <p>Art. 32 Rôle des communes</p> <p>1 Il appartient aux communes, ou aux groupements de communes, de prendre les mesures utiles afin que l'offre privée ou publique réponde au besoin de places d'accueil extra-familial pour les enfants, de la naissance jusqu'à la fin de la scolarité primaire.</p> <p>2 Les communes sont chargées d'évaluer les besoins pour de telles structures, d'informer les usagers sur l'offre et sur les modalités d'utilisation de celles-ci et de coordonner l'affectation de l'ensemble des ressources dans ce domaine. Elles peuvent déléguer ces tâches aux centres médico-sociaux.</p> <p>3 Les communes veillent à garantir un accès équitable à un réseau d'accueil à la journée, différencié et à la portée des usagers.</p> <p>411.001</p> <p>Ordonnance concernant la loi sur l'enseignement primaire du 11 février 2015 (Etat 1er août 2015)</p> <p>3: Organisation de la semaine</p> <p>Art. 10 Journée à horaire continu</p> <p>Une organisation par journée à horaire continu peut être mise en place par les communes afin d'offrir un encadrement aux élèves en dehors du temps d'enseignement et durant toute la journée (repas de midi, voire goûter compris), et ce plusieurs jours par semaine.</p>

	<p>Directives pour l'accueil à la journée des enfants de la naissance jusqu'à la fin de la scolarité – 1er janvier 2010 / Service cantonal de la jeunesse Secteur d'accueil à la journée</p> <p>La loi en faveur de la jeunesse, entrée en vigueur le 1er juin 2001, a inscrit l'obligation pour les communes ou des groupements de communes de prendre les mesures utiles afin que l'offre privée ou publique réponde aux besoins de places d'accueil pour les enfants de la naissance jusqu'à la fin de la scolarité primaire. Les communes sont chargées d'évaluer les besoins pour de telles structures et d'informer les usagers sur l'offre et les modalités d'utilisation.</p>
VS_d	<p>850.4 Jugendgesetz vom 11. Mai 2000 (Stand 1. Oktober 2014)</p> <p>5. Kapitel: Schutz 2. Abschnitt: Platzierungen a) Tagesplatzierungen von Kindern Art. 32 Aufgaben der Gemeinden</p> <p>1 Gemeinden oder Gemeindevereinigungen treffen die geeigneten Massnahmen, um sicherzustellen, dass private oder öffentliche familienexterne Aufnahmeplätze für Kinder von der Geburt bis zum Ende der Primarschule der Nachfrage genügen.</p> <p>2 Die Gemeinden werden damit beauftragt, die Bedürfnisse für solche Strukturen aufzuzeigen, die Benutzer über das vorhandene Angebot und die Aufnahmebedingungen zu informieren und die Verwendung zur Verfügung stehender Mittel in diesem Bereich zu koordinieren. Sie können diese Aufgaben den sozialmedizinischen Zentren übertragen.</p> <p>3 Die Gemeinden sind besorgt, den Benutzern ein angemessenes, differenziertes und tragbares Angebot für die Tagesplatzierung zu ermöglichen.</p> <p>411.001 Verordnung betreffend das Gesetz über die Primarschule vom 11. Februar 2015 (Stand 1. August 2015)</p> <p>3. Kapitel: Organisation der Schulwoche Art. 10 Tagessstrukturen</p> <p>Die Schulwoche kann von den Gemeinden als Tagessstruktur organisiert werden, womit man den Schülern ein Betreuungsangebot ausserhalb der Unterrichtszeiten und während des ganzen Tages (Mittagessen, Zwischenverpflegung) sowie an mehreren Wochentagen anbietet.</p>
ZG	<p>Weisungen für die Tagesplatzierung von Kindern von der Geburt bis zum Ende der Primarschule vom 1. Januar 2010 / Kantonale Dienststelle für die Jugend, Bereich Tagesbetreuung für Kinder</p> <p>Das Jugendgesetz, das am 1. Juni 2001 in Kraft trat, beinhaltet die Verpflichtung der Gemeinden oder Gemeindevereinigungen, dass sie geeignete Massnahmen ergreifen, damit private oder öffentliche familienergänzende Aufnahmeplätze für Kinder von der Geburt bis zum Ende der Primarschule der Nachfrage genügen. Die Gemeinden werden beauftragt, die Bedürfnisse für solche Strukturen aufzuzeigen und die Benutzer über das vorhandene Angebot und die Aufnahmebedingungen zu informieren.</p> <p>213.4 Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz) vom 29. September 2005 (Stand 1. Januar 2013)</p> <p>§ 1 Zweck</p> <p>1 Das Gesetz legt den Rahmen für familienergänzende Betreuungsangebote fest.</p> <p>2 Die familienergänzende Kinderbetreuung bezieht:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit oder Ausbildung zu erleichtern; b) die Integration sowie Chancengleichheit der Kinder zu verbessern; c) die Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern. <p>§ 2 Angebote der Tagesbetreuung</p> <p>1 Die nachstehenden Angebote in den Einwohnergemeinden unterstützen die Erziehungsberechtigten tagsüber in der Betreuung von Kindern im Vorschulalter und von schulpflichtigen Kindern ausserhalb der obligatorischen Unterrichtszeit.</p> <p>2 Angebote sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kindertagesstätten, - Mittagstische, - Tagesfamilien, - Randzeitenbetreuung für Schulkinder. <p>§ 3 Kantonale Aufgaben</p> <p>1 Die zuständige Direktion</p> <ul style="list-style-type: none"> a) führt die Oberaufsicht über die familienergänzenden Betreuungsangebote; b) ermittelt periodisch den Bedarf an Einrichtungen; c) berät und unterstützt die Einwohnergemeinden; d) koordiniert und vernetzt das Angebot;

	<p>e) unterstützt die Einwohnergemeinden bei der Erarbeitung eines unverbindlichen Tarifmodells für Angebote von Gemeinden und von subventionierten privaten Institutionen (§ 5).</p> <p>2 Der Regierungsrat legt abgestufte Qualitätsanforderungen an die privaten und gemeindlichen Angebote fest, welche die unterschiedlichen Anforderungen an die Betreuungsangebote berücksichtigen und entwickelt sie weiter.</p> <p>§ 5 Gemeindliche Beiträge an private Institutionen</p> <p>1 Die Einwohnergemeinde kann mit privaten Institutionen zusammenarbeiten und Beiträge ausrichten, sofern:</p> <ol style="list-style-type: none"> eine Betriebsbewilligung vorliegt (§ 4); die angebotenen Betreuungsmöglichkeiten ganz oder teilweise öffentlich sind; das Angebot der Bedarfsplanung entspricht. <p>§ 6 Beiträge der Erziehungsberechtigten</p> <p>1 Bei der Festlegung der Beiträge der Erziehungsberechtigten für die Betreuung der Kinder in Angeboten von Gemeinden und subventionierten privaten Institutionen ist sicherzustellen, dass der Zugang zu den Angeboten auch für einkommensschwache Familien gewährleistet ist.</p>
ZH	<p>213.42</p> <p>Verordnung zum Gesetz über die familiengänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsverordnung, KiBeV) vom 14. November 2006 (Stand 1. Januar 2013)</p> <p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>1 Diese Verordnung betrifft folgende Angebote der Tagesbetreuung, in denen Kinder unter zwölf Jahren regelmässig tagsüber betreut werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> Kindertagesstätten (Kinderkrippen, Horte usw.): Kindertagesstätten sind Einrichtungen, die mehr als 14 Wochen pro Jahr mehr als 25 Stunden pro Woche geöffnet sind und Kinder auch über Mittag betreuen. Tagesfamilien: Tagesfamilien betreuen Kinder tagsüber im eigenen Haushalt. Mittagstische: Mittagstische sind Einrichtungen, die Betreuung und Verpflegung für Schulkinder während der Mittagszeit anbieten. Randzeitenbetreuung: Die Randzeitenbetreuung ist eine Einrichtung zur Betreuung von Schulkindern ausserhalb der Unterrichtszeit. <p>101</p> <p>Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 (Stand 1. Februar 2018)</p> <p>3. Kapitel: Sozialziele</p> <p>Art. 19 Sozialziele</p> <p>1 Die Sozialziele der Bundesverfassung sind auch Sozialziele des Kantons und der Gemeinden.</p> <p>2 Kanton und Gemeinden setzen sich im Weiteren dafür ein, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> Eltern vor und nach der Geburt eines Kindes nicht in eine Notlage geraten; Voraussetzungen für die Betreuung von Kindern innerhalb und ausserhalb der Familie geschaffen werden; ältere Menschen ihr Leben nach ihren Kräften selbstbestimmt gestalten und an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können. <p>3 Kanton und Gemeinden streben die Verwirklichung der Sozialziele im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und ihrer verfügbaren Mittel an.</p> <p>4 Aus den Sozialzielen können keine unmittelbaren Ansprüche auf staatliche Leistungen abgeleitet werden.</p> <p>8. Kapitel: Öffentliche Aufgaben</p> <p>C. Die Aufgaben</p> <p>Art. 107 Wirtschaft und Arbeit</p> <p>1 Kanton und Gemeinden schaffen günstige Rahmenbedingungen für eine vielseitige, wettbewerbsfähige, soziale und freiheitliche Wirtschaft. Sie berücksichtigen dabei insbesondere die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Sozialpartnerschaft.</p> <p>2 Sie fördern in Zusammenarbeit mit Privaten die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben.</p> <p>3 Sie schaffen günstige Rahmenbedingungen für ein vielfältiges Arbeitsplatz- und Lehrstellenangebot.</p> <p>412.100</p> <p>Volksschulgesetz (VSG) vom 7. Februar 2005 (Stand 1. August 2019)</p> <p>2. Teil: Öffentliche Volksschule</p> <p>1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen</p> <p>B. Schulort und Unentgeltlichkeit</p> <p>§ 11 Unentgeltlichkeit und Elternbeiträge</p> <p>1 Der Unterricht ist am Schulort unentgeltlich. Wird der Unterricht ausserhalb des Schulortes besucht, kann von den Eltern oder der abgebenden Gemeinde ein Schulgeld erhoben werden.</p> <p>2 Lehrmittel und Schulmaterial werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.</p> <p>3 Werden die Schülerinnen und Schüler durch die Schule verpflegt, wie bei auswärtigem Schulbesuch und Klassenlagern, können von den Eltern Beiträge an die Verpflegungskosten erhoben werden.</p> <p>4 Besuchen Schülerinnen und Schüler Tagesstrukturen ausserhalb der Blockzeiten, werden von den Eltern in der Regel Beiträge erhoben.</p> <p>D. Ergänzende Angebote zur Volksschule</p> <p>§ 17. Aufgabenhilfe</p>

	<p>Die Gemeinden können betreute Aufgabenstunden anbieten und in besonderen Fällen die Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme verpflichten.</p> <p>2. Abschnitt: Schulbetrieb</p> <p>B. Organisation</p> <p>§ 27. Unterrichtszeit</p> <p>1 Der Unterricht findet von Montag bis Freitag statt. Die Verordnung kann besondere Schulanlässe an Samstagen vorsehen.</p> <p>2 Der Stundenplan berücksichtigt in erster Linie die Interessen der Schülerinnen und Schüler und gewährleistet einen ununterbrochenen Unterricht oder eine anderweitige unentgeltliche Betreuung während des ganzen Vormittags (Blockzeiten).</p> <p>3 Die Verordnung regelt die Blockzeiten und den Halbklassenunterricht.</p> <p>412.101 Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Juni 2006 (Stand 1. August 2019)</p> <p>2. Teil: Öffentliche Volksschule</p> <p>2. Abschnitt: Schulbetrieb</p> <p>C. Tagesstrukturen</p> <p>§ 32 a. Angebot (§ 30 a VSG)</p> <p>1 Die Gemeinden stellen in der Zeit zwischen 7.30 Uhr und 18 Uhr Tagesstrukturen zur Verfügung, die dem tatsächlichen Bedarf entsprechen.</p> <p>2 Besteht bei einer Schule für gewisse Zeiten ein Bedarf für weniger als zehn Schülerinnen oder Schüler, sind Lösungen im Einzelfall zulässig.</p> <p>3 Können Schülerinnen und Schüler den Weg zwischen Schule und Tagesstrukturen aufgrund der Länge oder Gefährlichkeit nicht selbstständig zurücklegen, ordnet die Schulpflege geeignete Massnahmen an.</p> <p>4 Die Elternbeiträge für alle Leistungen im Zusammenhang mit Tagesstrukturen dürfen höchstens kostendeckend sein.</p> <p>§ 32 b. Betreuungsschlüssel (§ 30 e VSG) a. Anwendbarkeit</p> <p>1 Der Betreuungsschlüssel gemäss §30 e VSG gilt für Tagesstrukturen auf der Kindergarten- und Primarstufe, welche die Zeit nach den Blockzeiten abdecken.</p> <p>2 Für private Tagesstrukturen und von Gemeinden geführte Tagesstrukturen, die nicht Teil einer Tagesschule sind, gilt der Betreuungsschlüssel gemäss § 30 e VSG nur, wenn eine Betreuung im Umfang von § 30 c Abs. 2 und 3 VSG angeboten wird. Für die Berechnung des Umfangs werden nur die Angebote nach den Blockzeiten berücksichtigt</p> <p>§ 32 c. Besondere Betreuungsansprüche</p> <p>Als Kinder mit besonderen Betreuungsansprüchen gemäss § 30 e Abs. 1 VSG gelten insbesondere Kinder der Kindergartenstufe.</p> <p>§ 32 d. Grössere Gruppen</p> <p>Wird von den Gruppengrössen abgewichen,</p> <p>a. ist zu gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler ihrem Entwicklungsstand entsprechend betreut werden und sich jederzeit an ihnen vertraute Betreuungspersonen wenden können,</p> <p>b. ist den Bedürfnissen der betreuten Kinder nach Zugehörigkeit, Orientierung und Ruhe sowie ihren unterschiedlichen Interessen mit besonderen Massnahmen Rechnung zu tragen.</p> <p>§ 32 e. Tagesschulen</p> <p>1 Tagesschulen können bei den folgenden Angeboten von den Vorgaben gemäss § 30 e Abs. 2 VSG abweichen:</p> <p>a. Mittagsverpflegung,</p> <p>b. Kursen,</p> <p>c. offenen Angeboten in Einzelfällen.</p> <p>2 Sie können unabhängig vom Angebot die alleinige Betreuung einer Klasse einer Lehrperson übertragen, die diese Klasse regelmäßig unterrichtet.</p> <p>§ 32 f. Berufsausbildung</p> <p>1 Als ausgebildete Betreuungspersonen gelten Personen mit einem der folgenden inländischen Ausbildungsabschlüsse:</p> <p>a. Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis als Fachfrau bzw. Fachmann Betreuung,</p> <p>b. Diplom als Kindererzieherin bzw. Kindererzieher HF,</p> <p>c. Diplom als Sozialpädagogin bzw. Sozialpädagoge HF,</p> <p>d. Unterrichtsberechtigung als Lehrperson für die Volksschule im Kanton Zürich,</p> <p>e. Hochschuldiplom als Sozialpädagogin bzw. Sozialpädagoge oder Hochschuldiplom in Sozialer Arbeit,</p> <p>f. Hochschuldiplom in Erziehungswissenschaften oder klinischer Heil-pädagogik oder Psychologie,</p> <p>g. von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren anerkanntes Diplom als Sonderpädagogin bzw. Sonderpädagoge, Logopädin bzw. Logopäde oder Psychomotorikerin bzw. Psychomotoriker</p> <p>2 Die Ausbildungsabschlüsse gemäss lit. e und f genügen den Anforderungen nur, wenn sie mindestens 60 Kreditpunkte voraussetzen.</p> <p>3 Das Volksschulamt kann</p> <p>a. Ausbildungsabschlüsse anerkennen, die den Ausbildungen gemäss Abs. 1 entsprechen,</p>
--	---

	<p>b. im Einzelfall Personen als ausgebildete Betreuungspersonen zulassen, deren abgeschlossene Ausbildungen oder berufsspezifische Aus- und Weiterbildungen in Verbindung mit ihrer Berufserfahrung es als gleichwertig zu den Abschlüssen gemäss Abs. 1 erachtet.</p> <p>4 Ausländische Ausbildungen müssen von der zuständigen eidgenössischen oder kantonalen Stelle als gleichwertig anerkannt sein. Die in Deutschland abgeschlossene Ausbildung als staatlich anerkannte Erzieherin bzw. staatlich anerkannter Erzieher gilt als gleichwertig.</p> <p>§ 32 g. Bewilligungspflichtige Kinderhorte</p> <p>1 Die Trägerschaft reicht mit dem Bewilligungsgesuch ein:</p> <ol style="list-style-type: none"> das pädagogische Konzept, Angaben zur Organisation, Angaben zum eingesetzten Personal, Angaben zu den Örtlichkeiten und deren Ausstattung, das Sicherheitskonzept, das Finanzierungskonzept. <p>2 Die Trägerschaft muss die Bewilligung und deren Erneuerung spätestens drei Monate beantragen vor a. der vorgesehenen Eröffnung,</p> <p>b. dem Ablauf der Bewilligung bei befristeten Bewilligungen,</p> <p>c. der Änderung, aufgrund deren die Anpassung beantragt wird.</p> <p>3 Die Standortgemeinde nimmt vor der ersten Bewilligungserteilung im Kinderhort einen Augenschein vor.</p> <p>4 Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nur teilweise erfüllt, kann die Bewilligung befristet oder mit Auflagen verbunden werden.</p> <p>5 Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt, wird die Bewilligung in der Regel auf Ende des Schuljahres entzogen. In dringen-den Fällen ist ein sofortiger Entzug möglich.</p> <p>§ 32 h. Pädagogisches Konzept</p> <p>Die Trägerschaft erlässt ein pädagogisches Konzept. Die-es enthält insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> die pädagogischen Leitideen, die Ziele der Betreuung, die Ausgestaltung des Angebots, die Zusammenarbeit mit den Eltern und der Schule, allfällige Massnahmen gemäss §32 d. <p>§ 32 i. Organisation</p> <p>Die Unterlagen zur Organisation enthalten insbesondere Angaben</p> <ol style="list-style-type: none"> zur Trägerschaft, zur Anzahl und Grösse der Gruppen, zu den Öffnungszeiten, zu den Aufnahme- und Abmeldemodalitäten, zur Höhe der Elternbeiträge. <p>§ 32 j. Personal</p> <p>1 Die Trägerschaft belegt, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> ausreichend Personal, insbesondere mit den erforderlichen Ausbildungen gemäss §32f, angestellt ist, vor der Einstellung der Mitarbeitenden und danach alle vier Jahre ein aktueller Strafregisterauszug eingeholt wurde, bei Kinderhorten mit mehr als 22 Plätzen ein ausreichendes Pensum für die pädagogische und personelle Leitung zur Verfügung steht. <p>2 Die Leitung des Kinderhortes verfügt über eine Ausbildung gemäss § 32 f und über die erforderlichen Fähigkeiten in der Personalführung.</p> <p>§ 32 k. Örtlichkeiten und Ausstattung</p> <p>1 Der Kinderhort verfügt in der Regel über mindestens zwei flexibel nutzbare, gut überschaubare Aufenthaltsräume mit ausreichend Tageslicht. Zusätzlich stehen die erforderlichen Nebenräume zur Verfügung.</p> <p>2 Die Aufenthaltsräume und deren Ausstattung sind kindgerecht und sicher. Sie ermöglichen unterschiedliche Aktivitäten, insbesondere das Spiel und das Bewegungsspiel, das gemeinsame Essen und das ungestörte Lösen von Hausaufgaben. Rückzugsmöglichkeiten sind vorhanden.</p> <p>3 In den Aufenthaltsräumen stehen pro Platz mindestens vier Quadratmeter Fläche zur Verfügung.</p> <p>4 In unmittelbarer Nähe sind angemessene Spielmöglichkeiten im Freien und Sportmöglichkeiten vorhanden.</p> <p>§ 32 l. Sicherheit</p> <p>1 Die Trägerschaft erlässt ein Sicherheitskonzept. Dieses enthält insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> das Vorgehen bei medizinischen und anderen Notfällen, Regelungen zum Übergang der Verantwortung für die Kinder zwischen Eltern, Schule und Kinderhort, Grundsätze zur Hygiene. <p>2 Sie belegt darin die Abnahme durch die Bau- und Feuerpolizei und die Anmeldung beim Lebensmittelinspektorat.</p> <p>§ 32 m. Finanzen und Versicherung</p> <p>1 Die Trägerschaft reicht mit dem erstmaligen Bewilligungsgesuch einen Finanzplan für die ersten drei Betriebsjahre des Kinderhortes ein.</p> <p>2 Im Rahmen der Bewilligungserneuerung reicht sie eine aktuelle Jahresrechnung und ein Budget ein.</p>
--	---

	<p>³ Für den Betrieb des Kinderhortes besteht eine angemessene Versicherung.</p>
	<p>Rechtsgrundlagen und -rahmen für Tagesschulen (Stand 24. September 2019) Auszug aus den entsprechenden Erlassen der Bildungsdirektion des Kantons Zürich.</p>